



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2018

---

## **Zwischen Vertreibung und Duldung: jüdische Siedlungen und Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft**

Bürgin, Martin

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-149239>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Bürgin, Martin (2018). Zwischen Vertreibung und Duldung: jüdische Siedlungen und Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft. In: Schmölz-Häberlein, Michaela. Jüdisches Leben in der Region: Herrschaft, Wirtschaft und Gesellschaft im Süden des Alten Reiches. Würzburg: Ergon Verlag, 31-75.

# Zwischen Vertreibung und Duldung: Jüdische Siedlungen und Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft

*Martin Bürgin*

Die Geschichte der Jüdinnen und Juden in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft gehört nicht zu den Trendthemen der historischen Forschung. Zum Gebiet der heutigen Schweiz liegen bedeutend mehr Arbeiten vor, die auf das 19. und 20. Jahrhundert oder aber auf das Mittelalter fokussieren. Im öffentlichen Diskurs der Schweiz – in Führungen, Vorträgen, Zeitungsartikeln und Fernsehbeiträgen – wird hingegen häufiger über frühneuzeitliches Judentum referiert. Dabei handelt es sich meist um eine prologhafte Erzählung, die von einem angeblich arbiträren herrschaftlichen Umgang mit dieser Bevölkerungsgruppe handelt; eine Erzählung, die herangezogen wird, um ein Gegenbild zum Narrativ einer kontinuierlichen Emanzipation der Schweizer Jüdinnen und Juden zu schaffen. Ihren Anfang nimmt diese Emanzipationserzählung in der Zeit der Helvetik (1798–1803), erreicht einen ersten Höhepunkt im Jahr 1866, als Jüdinnen und Juden Niederlassungsfreiheit gewährt wurde (seit 1848 war die Schweiz als moderner Bundesstaat organisiert) und schließt mit der Anerkennung der jüdischen Kultusfreiheit auf konstitutioneller Ebene (1874). Die Darstellung des frühneuzeitlichen Judentums wiederum wird abgegrenzt von jener des mittelalterlichen, indem darauf rekurriert wird, dass die Jüdinnen und Juden im Mittelalter aus den Schweizer Städten vertrieben worden seien; eine neuerliche jüdische Siedlungstätigkeit wird erst wieder ab dem 17. Jahrhundert beobachtet und oftmals auf die beiden *Judendörfer* Endingen und Lengnau eingegrenzt.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Anlässlich des 150jährigen Jubiläums der Niederlassungsfreiheit erschien in der Neuen Zürcher Zeitung am 16. Januar 2016 unter dem Titel „Der lange Weg aus dem Ghetto“ ein Artikel, der diesem Narrativ beispielhaft verpflichtet war. In der Kopfzeile hieß es: „Bis 1866 durften die ‚Israeliten‘ nur in zwei Dörfern im Aargau wohnen. Das änderte sich erst mit der Teilrevision der Bundesverfassung.“ Im ersten Absatz wurde nachgedoppelt: „Bis 1866 dürfen die Schweizer Juden offiziell nur in den beiden Aargauer Dörfern Endingen und Lengnau dauerhaft wohnen, aus den Städten wurden sie schon lange vorher vertrieben.“ Der Titel evoziert das Bild einer Ghettoisierung der jüdischen Gemeinden, wiewohl eigentliche Ghettos in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft nicht existierten. Ob man mit der Metapher des Ghettos auf eine von der christlichen Umwelt abgetrennte Gemeinschaft fokussieren möchte oder aber davon absieht und ein nachbarschaftliches Verhältnis zwischen jüdischen und christlichen Dorfbewohnern zeichnet, ist eine Frage der historiographischen Perspektive. Für eine Darstellung, die auf den Ghetto-begriff zurückgreift, siehe: Aram Mattioli, *Die Schweiz und die jüdische Emanzipation 1798–1874*, in: Ders. (Hrsg.), *Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960*, Zürich 1998, S. 61–82, insbesondere S. 63 („Die Surbtaler Dorfghettos in der vorrevolutionären Privilegiengesellschaft“). Dagegen argumentiert: Alexandra Binnenkade, *KontaktZonen. Jüdisch-christlicher Alltag in*

In wissenschaftlichen Publikationen wird eine von den Obrigkeiten angeordnete Eingrenzung jüdischer Siedlungstätigkeit, soweit ersichtlich, zuletzt von Battenberg postuliert. Dort heißt es zur Frühen Neuzeit: „Von den – nicht mehr zum Reich zählenden – Schweizer Kantonen ließ nur der Aargau Juden zu, so dass sich dort seit dem späten 17. Jh. in Lengnau und Endingen Gemeinden bildeten.“<sup>2</sup> Diese Darstellung ist zu korrigieren. Zwar stimmt es, dass sich im Aargau, genauer in der Grafschaft Baden, im Verlauf des 17. Jahrhunderts jüdische Gemeinden bildeten. Jüdische Siedlungen und Niederlassungen sind in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft aber auch für andere Territorien nachweisbar. Anders als es das Narrativ einer siedlungstechnischen Diskontinuität zwischen Mittelalter und 17. Jahrhundert vermittelt, lebten Jüdinnen und Juden auch im 16. Jahrhundert in verschiedenen eidgenössischen Städten und Dörfern.

Über die Niederlassung einzelner Personen wie auch über die Siedlungen mehrerer jüdischer Familien geben die Archive nur fragmentarisch Auskunft. Dabei handelt es sich selten um Quellen aus jüdischer Hand oder lokaler Autoritäten, sondern in den meisten Fällen um Beschlüsse der Ständeregierungen oder Notizen der eidgenössischen Tagsatzung. Das älteste von jüdischer Seite überlieferte Gemeindebuch stammt aus dem Jahr 1804. Berichte von lokalen Autoritäten, christlichen Gemeinden, Vögten oder Untervögten sind, mit wenigen Ausnahmen, nur dann überliefert, wenn sie an die Ständeregierungen ausgehändigt wurden und in den entsprechenden Archiven aufbewahrt werden. Aufgrund der kontinuierlichen Verschriftlichung von Ratsbeschlüssen in Form von Ratsmanualen ist die Chance einer Überlieferung jüdischer Existenz in den Archiven der Obrigkeiten ungleich höher als in denen lokaler Institutionen. Diese Überlieferung bleibt jedoch bruchstückhaft. Jüdinnen und Juden tauchen in den frühneuzeitlichen Quellen insbesondere dann auf, wenn sie in Rechtshandel verstrickt waren, wenn die Obrigkeiten ihnen gegenüber neue Ordnungen erließen, sie aus ihren Territorien verbannten oder proklamierten, sie aus diesen verbannen zu wollen. Berichte über konfliktfreie Beziehungen zwischen Christen und Juden in der sozialen Lebenswelt vor Ort finden sich demgegenüber weniger – was nicht heißen muss, dass solche nicht vorhanden waren. Die in den obrigkeitlichen Quellen geschilderten Konflikte, Erlasse und Vertreibungsmandate verweisen auf die prekäre Lebenssituation, in der sich Jüdinnen und Juden in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft befanden. Ihr Recht auf Niederlassung war von der Politik der Obrigkeiten abhängig. Wie lange sie auf den Schirm ihrer Schutzherren zählen konnten, war größtenteils ungewiss. Ihr Leben bewegte sich im Spannungsfeld von Duldung und Vertreibung.

---

Lengnau (Industrielle Welt, Bd. 75), Köln 2009. Für ein pointiertes Votum zu den Dimensionen der beiden Betrachtungsweisen siehe: Friedrich Battenberg, Die Juden in Deutschland vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 60), München 2001, S. 1 sowie 122f.

<sup>2</sup> Battenberg, Juden in Deutschland (wie Anm. 1), S. 33.

Mandate zur Vertreibung der Juden finden sich in den Eidgenössischen Abschieden und in den Ratsmanualen der einzelnen Stände häufig. Dadurch mag der Eindruck entstehen, die eidgenössischen Städte und Stände hätten gegenüber Juden in der Frühen Neuzeit eher zu einer Politik der Vertreibung als zu einer Politik der Duldung tendiert. Andererseits finden sich beinahe ebenso häufig Quellen, die belegen, dass den postulierten Vertreibungsabsichten keine Taten folgten. Eine Zusammenstellung der obrigkeitlichen Quellen zeigt auf, dass die obrigkeitliche Politik der eidgenössischen Stände im Hinblick auf Vertreibung und Duldung alles andere als widerspruchsfrei war. Im Folgenden soll dies für diejenigen Territorien gezeigt werden, in welchen Niederlassungen einzelner Juden oder Siedlungen mehrerer jüdischer Familien nachgewiesen werden können. Eine detaillierte Darstellung der Quellen, die auf niedergelassene Juden außerhalb der Grafschaft Baden verweisen, zeigt auf, dass deren Siedlungstätigkeit in der Frühen Neuzeit geografisch nicht auf das Gebiet der Grafschaft Baden beschränkt war und zeitlich auch für das 16. Jahrhundert nachgewiesen werden kann. Die folgende Untersuchung konzentriert sich auf den Umgang mit niedergelassenen Jüdinnen und Juden in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft. Mandate und Maßnahmen gegenüber durchreisenden Juden werden nicht erörtert.

### *1. Forschung zur Geschichte der Jüdinnen und Juden in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft*

Johann Caspar Ulrich, Pfarrer am Zürcher Fraumünster, publizierte 1768 seine *Sammlung jüdischer Geschichten, welche sich mit diesem Volk in den XIII. und folgenden Jahrhunderten bis auf MDCCLX in der Schweiz von Zeit zu Zeit zugetragen*.<sup>3</sup> Das Werk hat chronikalischen Charakter; die Positionierung des Autors ist durchaus umstritten.<sup>4</sup> Als Zeitdokument, aber auch aufgrund der darin enthaltenen Ex-

---

<sup>3</sup> Johann Caspar Ulrich, *Sammlung jüdischer Geschichten, welche sich mit diesem Volk in den XIII. und folgenden Jahrhunderten bis auf MDCCLX in der Schweiz von Zeit zu Zeit zugetragen*. Zur Beleuchtung der allgemeinen Historie dieser Nation herausgegeben, Basel 1768. Neu aufgelegt als Faksimileausgabe 1969 durch Gregg International Publishers in Westmead, Großbritannien.

<sup>4</sup> Als historiographische Arbeit dazu: Lothar Rothschild, *Johann Caspar Ulrich von Zürich und seine „Sammlung jüdischer Geschichten in der Schweiz“*. Ein Beitrag zur Diskussion der Judenfrage in der Schweiz im 18. Jahrhundert und zur Darstellung der Juden in der schweizerischen Publizistik (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 17,2), Zürich 1933. Kritisch gegenüber Johann Caspar Ulrichs Position unter Anführung pietistischer Missionsabsichten: Florence Guggenheim-Grünberg, *Pfarrer Ulrich als Missionar im Surbtal*. Ein Beitrag zur Judenmission in der Schweiz im 18. Jahrhundert (Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz), Zürich 1953. Dagegen eher affirmativ verfasst, Ulrich als Aufklärer wertend, seine offenkundigen Missionsabsichten allerdings nicht verschweigend: Annette Brunschwig, *Vernunft gegen Vorurteile*. Ein Zürcher Aufklärer gegen den Antijudaismus, in: Yvonne Domhardt, Kerstin Paul (Hrsg.), *Quelle lebender Bücher*. 75 Jahre Bibliothek der Israelitischen Cultusgemeinde, Zürich u.a. 2014, S. 87–89.

zerpte und teilweise wörtlichen Übernahmen aus Quellentexten, ist Ulrichs Schrift historiographisch dennoch von Bedeutung. Zudem sollte sich Ulrichs Sammlung jüdischer Geschichten für spätere Arbeiten als prägend erweisen.

Ab Ende des 19. Jahrhunderts erschienen diverse lokal- und regionalhistorische Untersuchungen, in welchen oftmals ein Bogen von der Antike bis in die Gegenwart geschlagen wurde. Für die Forschung zur Frühen Neuzeit zu erwähnen sind hierbei Leopold Löwensteins Schrift über die Juden am Bodensee,<sup>5</sup> Meyer Kayserling über die Rheinische Judeninsel bei Koblenz,<sup>6</sup> Ernst Haller zum Aargau,<sup>7</sup> Eduard Im-Thurn und Hans Wilhelm Harders Beitrag zu den Juden in Schaffhausen,<sup>8</sup> Karl Wegelin zu St. Gallen,<sup>9</sup> Gustav Tobler zu Bern,<sup>10</sup> Ernst Ginsburger zu Carouge und Genf<sup>11</sup> sowie die Artikel von Achilles Nordmann zum Fürstbistum Basel, zur Stadt Basel, zu Neuchâtel, Graubünden, Genf, zur Waadt und Innerschweiz.<sup>12</sup>

Diese Abhandlungen folgen größtenteils einer am Historismus orientierten Geschichtsschreibung und widmen sich vorwiegend rechts- oder politikgeschichtlichen Fragestellungen. Zuweilen weisen sie ein geschichtspolitisches, oder um mit Guy Marchal zu sprechen, „gebrauchsgeschichtliches“ Substrat auf.<sup>13</sup> So nutzten Löwenstein und Kayserling ihre Schriften etwa, um für die Gleichberechtigung der Juden zu werben, während Harders Darstellungen von stereotypen

<sup>5</sup> Leopold Löwenstein, *Geschichte der Juden am Bodensee und Umgebung*. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt, Gailingen 1879.

<sup>6</sup> Meyer Kayserling, *Die Judeninsel und der Schiffbruch bei Koblenz*, Pest 1871.

<sup>7</sup> Ernst Haller, *Die rechtliche Stellung der Juden im Kanton Aargau*, Aarau 1901.

<sup>8</sup> Eduard Im-Thurn/Hans Wilhelm Harder, *Chronik der Stadt Schaffhausen*, Schaffhausen 1844; Hans Wilhelm Harder, *Ansiedlung, Leben und Schicksale der Juden in Schaffhausen*, in: *Beiträge zur vaterländischen Geschichte* 1/1 (1863), S. 33–70.

<sup>9</sup> Karl Wegelin, *Geschichtliches über den frühen Aufenthalt und sonstige Verhältnisse der Juden in verschiedenen Landesteilen des Kantons St. Gallen* (Verhandlungen der St. Gallisch-Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Bd. 1, vierte Beilage), St. Gallen 1846.

<sup>10</sup> Gustav Tobler, *Bern und die Juden*, in: *Berner Taschenbuch*, 42–43 (1894), S. 117–140.

<sup>11</sup> Ernst Ginsburger, *Histoire des Juifs de Carouge*, in: *Revue des Etudes Juives*, 75 (1922), S. 119–139; Ders., *Juifs du Léman et de Genève*, in: *Revue des Etudes Juives*, Bd. 76 (1923), S. 146–170.

<sup>12</sup> Achilles Nordmann, *Über den Judenfriedhof in Zwingen und Judenniederlassungen im Fürstbistum Basel*, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde*, 6 (1907), S. 120–151; Ders., *Geschichte der Juden in Basel seit dem Ende der zweiten Gemeinde bis zur Einführung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, 1397–1875*, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 13 (1914), S. 1–190; Ders., *Les Juifs dans le Pays de Neuchâtel*, in: *Musée Neuchâtelois* 4–6 (1922) und 1–2 (1923); Ders., *Die Juden in Graubünden*, in: *Bündnerisches Monatsblatt. Zeitschrift für bündnerische Geschichte, Landes- und Volkskunde* 9 (1924), S. 265–290; Ders., *Histoire des Juifs à Genève de 1281 à 1780*, in: *Revue des Etudes Juives* 80 (1925), S. 1–41; Ders., *Les Juifs dans le Pays de Vaud*, in: *Revue des Etudes Juives* 81 (1925), S. 146–186; Ders., *Zur Geschichte der Juden in der Innerschweiz*, in: *Der Geschichtsfreund. Mitteilungen des Historischen Vereins Zentral-schweiz* 84 (1929), S. 73–89. Zur Innerschweiz zählte Nordmann die Orte Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus und Zug sowie deren Rechtsnachfolger.

<sup>13</sup> Guy Marchal, *Schweizer Gebrauchsgeschichte. Geschichtsbilder, Mythenbildung und nationale Identität*, Basel 2007.

Zuschreibungen antijüdischen Charakters geprägt sind.<sup>14</sup> Unabhängig davon – eine Untersuchung der gebrauchsgeschichtlichen Dimensionen und normativen Wertungen der schweizerischen Geschichtsschreibung zum Judentum wäre ein spannendes Unternehmen, würde den Rahmen dieses Beitrags aber sprengen – verweisen alleine schon die hier genannten Titel darauf, dass jüdisches Leben in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft geografisch keineswegs auf das Gebiet der Grafschaft Baden (oder des späteren Kantons Aargau) begrenzt war.

Ausführlich behandelt wird dieses Faktum auch in Augusta Weldler-Steinbergs „Geschichte der Juden in der Schweiz“<sup>15</sup>. Nach einer Dissertation zur Geschichte der Juden in der mittelalterlichen Schweiz<sup>16</sup> widmete sich die Verfasserin in den 1920er Jahren der jüdischen Geschichte der Neuzeit, gefördert durch einen eigens dafür geschaffenen Fonds zur Bearbeitung der Geschichte des schweizerischen Judentums.<sup>17</sup> Nachdem Weldler-Steinberg ihre Forschungsarbeiten beendet hatte, wurde ihr Skript durch die beiden Geschichtsprofessoren Ernst Gagliardi und Alfred Stern begutachtet und 1933 für gut befunden. Die Veröffentlichung wurde dann allerdings, aus politischen Gründen, nicht mehr als opportun erachtet. Augusta Weldler-Steinberg selbst war ein Jahr zuvor gestorben. Erst in den 1960er Jahren wurde das Projekt wieder aufgenommen. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund erteilte Florence Guggenheim-Grünberg den Auftrag, das Manuskript redaktionell zu überarbeiten, Quellen- und Aktenvermerke zu überprüfen oder – wo diese sich als mangelhaft erwiesen – neu zu recherchieren. Dazu kam eine Ergänzung zur Surbtaler Judengeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts aufgrund eigener Forschungen. Ist von Weldler-Steinberg die Rede, sollte Guggenheim-Grünberg also stets mitgedacht werden. Die Untersuchung erschien in zwei Bänden; der erste 1966, rechtzeitig zum 100jährigen Jubiläum der Niederlassungsfreiheit der Jüdinnen und Juden in der Schweiz, der zweite 1970.<sup>18</sup> Bis heute gelten die beiden Bände als Standardwerk. Aram Mattioli schrieb in ihrem Zusammenhang von „erratischen Blöcken, die unübersehbar und allein“ in der schweizerischen

---

<sup>14</sup> Harder schrieb etwa vom „eingefleischten Schacher und Wuchergeist der Juden, von ihrem rohen und verwilderten Charakter“ und ihrer „Herz- und Rücksichtslosigkeit“ als genuine und kollektive Wesenszüge. Harder, *Ansiedlung, Leben und Schicksale* (wie Anm. 8), S. 39, 44 und 48. Eine kritische Betrachtung zu Harder findet sich in: Uri Robert Kaufmann, *Jüdische und christliche Viehhändler in der Schweiz 1780–1930*, Zürich 1988, S. 170, sowie ders., *Wie man zum „Fremden“ erklärt wird. Fremd- und Selbstbild der Juden in der neueren Schweizer Historiographie*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte* 3/1 (1996), S. 121f.

<sup>15</sup> Augusta Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz. Vom 16. Jahrhundert bis nach der Emanzipation*, bearbeitet und ergänzt durch Florence Guggenheim-Grünberg, 2 Bde., Zürich 1966 und 1970. Die Zitationen in diesem Artikel beziehen sich auf den ersten Band.

<sup>16</sup> Augusta Weldler-Steinberg, *Studien zur Geschichte der Juden in der Schweiz während des Mittelalters*, Zürich 1902.

<sup>17</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 6f.

<sup>18</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 7–9.

Forschungslandschaft stünden.<sup>19</sup> Umso erstaunlicher ist es, dass die Resultate ihrer Forschung nicht breiter rezipiert werden – was bei den anderen hier referierten Artikeln, die nur noch einem Fachpublikum bekannt sein dürften, weniger verwundert.

Zusammen mit Johann Caspar Ulrichs Studie aus dem 18. Jahrhundert sind die beiden Bände von Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg der einzige Versuch geblieben, eine umfassende jüdische Geschichte der Schweiz zu schreiben. Methodisch-theoretisch wurden sie von neuen Herangehensweisen und Blickwinkeln überholt. Uri Robert Kaufmann resümierte dazu, dass es sich bei den beiden Bänden „weniger um eine Geschichte der Juden, als um eine Geschichte der judenrechtlichen Bestimmungen“ handelt.<sup>20</sup> In Abkehr von einer klassischen Rechts- und Politikgeschichte zeichneten sich die internationalen historiographischen Paradigmenwechsel denn auch in der jüdischen Geschichtsschreibung der Schweiz ab. So legte Kaufmann mit seiner Studie zu den jüdischen und christlichen Viehhändlern 1988 eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Arbeit vor und Alexandra Binnenkade 2001 eine an Mary Louise Pratts Modell der *Contact Zones* orientierte Kulturgeschichte jüdisch-christlicher Kontakte in Lengnau.<sup>21</sup> Beide Arbeiten streifen nur knapp das 18. Jahrhundert und fokussieren auf Strukturen, Handlungen, Kontakte und Geschehnisse im 19. und 20. Jahrhundert. Daneben entstanden in jüngster Zeit lokal- und regionalhistorische Studien, die Untersuchungen zur jüdischen Geschichte der Frühen Neuzeit integrierten.<sup>22</sup>

## 2. Die eidgenössischen Orte im Zeitalter der Konfessionalisierung

Die frühneuzeitliche Eidgenossenschaft war ein äußerst fragiles Gebilde, organisiert als föderalistischer Zusammenschluss mit wechselnden Allianzen, bestehend

<sup>19</sup> Aram Mattioli, Antisemitismus in der Geschichte der modernen Schweiz. Begriffsklärungen und Thesen, in: Ders. (Hrsg.), Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960, Zürich 1998, S. 3–22, S. 7.

<sup>20</sup> Kaufmann, Viehhändler (wie Anm. 14), S. 15. Mattioli urteilte ähnlich. Er wertete sie „aufgrund ihrer rechts- und politikgeschichtlichen Ausrichtung als methodisch veraltet“, baute dieses Urteil allerdings in ein positives Votum ein, indem er herausstrich, dass sie ungeachtet dieser „Tatsache, ihren Charakter als anregende und zuverlässige Pionierstudien erhalten“ hätten. Mattioli, Antisemitismus (wie Anm. 19), S. 7.

<sup>21</sup> Kaufmann, Viehhändler (wie Anm. 14); Binnenkade, KontaktZonen (wie Anm. 1); Mary Louise Pratt, Arts of the Contact Zone, in: Profession 91 (1991), S. 33–40; Dies., Imperial Eyes. Travel Writing and Transculturation, London 1992.

<sup>22</sup> Annette Brunschwig (Hrsg.), Geschichte der Juden im Kanton Zürich. Von den Anfängen bis in die heutige Zeit, Zürich 2005; René Bloch/Jacques Picard, Wie über Wolken. Jüdische Lebens- und Denkwelten in Stadt und Region Bern, 1200–2000, Zürich 2014; Diemuth Königs, Juden im Fricktal. Geschichte einer Minderheit vom 13. bis zum 20. Jahrhundert, Basel 2016; Karl Heinz Burmeister, Geschichte der Juden im Kanton St. Gallen bis zum Jahre 1918 (Neujahrsblatt des Historischen Vereins des Kantons St. Gallen, Bd. 141), St. Gallen 2001; Charles Studer, Die Juden in Solothurn, in: Jahrbuch für Solothurnische Geschichte 64 (1991), S. 53–77.

aus aristokratischen Stadtstaaten, ländlichen Kommunen mit vormodernen Formen von Demokratie, quasi-theokratischen Fürstabteien, diversen Untertanengebieten unter der Administration verschiedener Kantone sowie zugewandten Orten. An den Tagsatzungen berieten die Bevollmächtigten der eidgenössischen Orte über gemeinsame Geschäfte. Die dort gefassten Beschlüsse, Memoranden und die dazugehörigen Protokolle wurden in den sogenannten Eidgenössischen Abschieden gesammelt. Sie dienten den Abgeordneten dazu, ihren Regierungen den Inhalt der Beratungen zu übermitteln. Eine eigentliche Gesetzeskraft oder Zwangsgewalt kann ihnen nicht zugeschrieben werden.<sup>23</sup> Einblicke in die obrigkeitliche Perspektive im Hinblick auf den Umgang mit Jüdinnen und Juden im Gebiet der Eidgenossenschaft geben sie dennoch.

Zwischen 1523 und 1536 führten Zürich, Bern, Basel, Schaffhausen und die zugewandten Städte St. Gallen, Biel, Mülhausen, Neuenburg und Genf in ihren Territorien die Reformation ein. Die Länderorte der Innerschweiz, Luzern, Freiburg und Solothurn wie auch die zugewandten Orte Rottweil sowie Wallis, die Fürstabteien St. Gallen und Basel blieben altgläubig. In Gebieten, in welchen die einzelnen Gemeinden die Möglichkeit hatten, über ihr Bekenntnis zu bestimmen, entstanden bikonfessionelle Regionen. Das betraf vorderhand die eidgenössischen Orte Appenzell und Glarus, wobei sich Appenzell 1597 in das katholische Ausserrhoden und das reformierte Innerrhoden aufteilte. Bikonfessionell organisiert waren zudem die gemeinen Herrschaften Thurgau, Sargans, Rheintal, Baden, Echallens und die Schirmherrschaften Toggenburg, Moutier-Grandval sowie die beiden zugewandten bündnerischen Föderationen, der Gotteshausbund und der Zehngerichtebund.<sup>24</sup> Jüdische Niederlassungen gab es sowohl in reformierten als auch in katholischen Gebieten, vor allem aber in den bikonfessionellen Untertanengebieten. Diese wurden als gemeine Herrschaften unterschiedlicher Orte verwaltet, deren Zusammensetzung Änderungen unterworfen war.

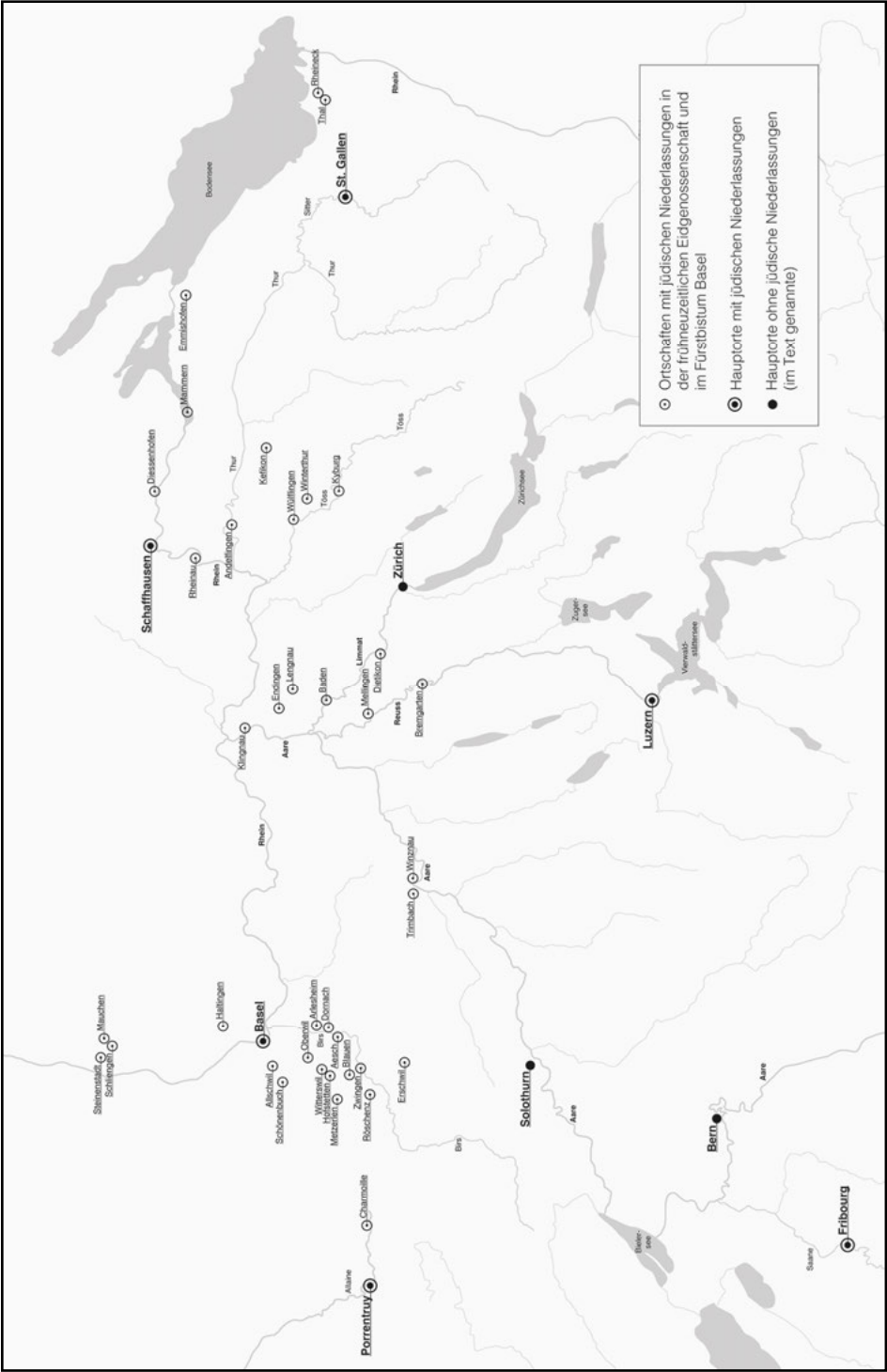
Die Beziehungen der eidgenössischen Orte im konfessionellen Zeitalter waren von Spannungen geprägt, die sich mitunter in kriegerischen Auseinandersetzungen entluden. Hervorzuheben sind dabei die beiden sogenannten Kappelerkriege von 1529 und 1531 und die beiden sogenannten Villmergerkriege von 1656 und 1712, wobei der Zweite Kappelerkrieg die Vorherrschaft des katholischen Lagers

---

<sup>23</sup> Andreas Würzler, *Die Tagsatzung der Eidgenossen. Politik, Kommunikation und Symbolik einer repräsentativen Institution im europäischen Kontext (1470–1798)*, Epfendorf 2013; Randolph C. Head, *Shared Lordship, Authority, and Administration. The Exercise of Dominion in the Gemeine Herrschaften of the Swiss Confederation, 1417–1600*, in: *Central European History* 30/4 (1997), S. 489–512.

<sup>24</sup> Für einen Überblick über die Schweizer Geschichte: André Holenstein, *Mitten in Europa. Verflechtungen und Abgrenzung in der Schweizer Geschichte*, Baden 2014; Beatrix Mesmer et al. (Hrsg.), *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel 2006; Manfred Hettling, *Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen*, Frankfurt 2006.





und der Zweite Villmerkrieg jene des reformierten Lagers festigte. Trotz kriegerischer Auseinandersetzungen, diversen lokalpolitischen Konflikten und konfessionellen Debatten hatte die Eidgenossenschaft als föderalistisches Gebilde Bestand bis zum Ende des Ancien Régime 1798.

### *3. Jüdische Siedlungen und Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft*

Die einzelnen Stände – und je nach Rechtsstatus auch einzelne Städte – agierten innerhalb ihrer Territorien mit jeweils unterschiedlichen Agenden. Entsprechend trafen die eidgenössischen Orte auch keine Übereinkunft, wie mit jüdischen Siedlungen und Niederlassungen zu verfahren sei. Anders sah es in den gemeinsam verwalteten Untertanengebieten aus oder in Orten, die verschiedenen Schutzmächten unterstanden oder zumindest die Unterstützung unterschiedlicher Stände für sich beanspruchten.

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie die Obrigkeiten in den einzelnen Territorien mit niedergelassenen Jüdinnen und Juden verfahren. Die ausführliche Aufzählung verweist darauf, dass das oben beschriebene Narrativ einer siedlungstechnischen Diskontinuität zwischen den mittelalterlichen Vertreibungen und erneuten Ansiedlungen im 17. Jahrhundert nur bedingt zutrifft. Zudem wird anhand der überregionalen Beispiele augenscheinlich vorgeführt, dass sich jüdische Siedlungstätigkeiten und Niederlassungen keineswegs auf die Grafschaft Baden und das Surbtal beschränkten. Belege für jüdische Siedlungen oder Niederlassungen einzelner Juden und Jüdinnen sind auch für Winterthur, die Zürcher Landschaft, Mellingen, Bremgarten, Solothurn, Stadt und Fürstbistum Basel, Schaffhausen, Luzern, Freiburg, St. Gallen, Rheintal und Thurgau dokumentiert.

#### *3.1. Jüdinnen und Juden in zürcherischen Territorien*

Den frühesten Beleg für eine jüdische Niederlassung in der Frühen Neuzeit dokumentieren Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg für das Dorf Wülflingen bei Winterthur mit der Familie des Lazarus. Genannt werden dabei auch die Namen der einzelnen Familienmitglieder, einmal auch jene der Frauen. Die Familie umfasste Lazarus, seine Frau Adalheit, die Kinder David, Moses, Salomon, Rebecka, Hanna, Rechel und Beli, die Enkelkinder Sarra, Grütli und Frimmut sowie die beiden Mägde Hinda und Blumin.<sup>25</sup> Lazarus taucht in den Quellen ver-

---

<sup>25</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 17f. und 227. Die Namensangaben sind dem Zürcher Glückshafenrodel von 1504 zu entnehmen. Die Quellenangabe, die Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg dazu liefern, scheint nicht zu stimmen. Hingegen wird die Quellenangabe klar bei: Florence Guggenheim-Grünberg, *Judenschicksale und Judenschuol im mittelalterlichen Zürich* (Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Heft 8), Zürich 1967, S. 37. Beim

hältnismäßig oft auf, wobei die Lektüre der Quellen in Bezug auf die Sesshaftigkeit widersprüchlich bleibt. Als Fallbeispiel dienen Lazarus und seine Familie geradezu exemplarisch, um die These einer Diskontinuität jüdischer Niederlassungen zwischen Mittelalter und früher Neuzeit zu hinterfragen. Bei Guggenheim-Grünbergs *Judenschicksale und Judenschuol im mittelalterlichen Zürich* bildet er den Schlusspunkt jüdischer Siedlungstätigkeit im mittelalterlichen Zürich;<sup>26</sup> in Weldler-Steinbergs und Guggenheim-Grünbergs *Geschichte der Juden in der Schweiz* markiert er den Beginn jüdischer Siedlung in der Frühen Neuzeit.

Guggenheim-Grünberg zeichnete den Stammbaum des Lazarus nach und zeigte auf, wie die einzelnen Familienmitglieder über mehrere Generationen hinweg ihre Niederlassung abhängig von den jeweiligen lokalen Judenverfolgungen verschoben. Dabei verblieben sie in der Region und bildeten ein gemeinsames Netzwerk. Dadurch gelang es ihnen zumindest temporär, an verschiedenen Orten Fuß zu fassen und sich wirtschaftlich zu etablieren. Als Wohnorte werden genannt: Schaffhausen, Winterthur, Zürich, Wülflingen, Diessenhofen, Konstanz, Rheinfelden und Luzern.<sup>27</sup> Verfolgt man den Lebensweg des Lazarus, stellt man eine erhöhte Mobilität und mehrmalige Wohnsitzwechsel fest, wobei nicht immer festgestellt werden kann, ob diese aufgrund von Ausweisungen oder aus eigenem Antrieb erfolgten. Der Fall des Lazarus zeigt jedoch deutlich, dass es ihm gelang, unterschiedliche Autoritäten als Fürsprecher für seine Sache zu gewinnen und dass diese für sich beanspruchten, einem Juden das Recht auf Niederlassung zu gewähren. Am 4. Februar 1497 stellte ihm Hans Melk von Schwyz als eidgenössischer Landvogt des Thurgaus eine Empfehlung zuhanden des Zürcher Rats aus. Darin wird Lazarus als ehrlicher Arzt und Glaser gelobt, der keinen Wucher betreibe.<sup>28</sup> Das Schreiben ist an den Zürcher Rat gerichtet, um für ein Niederlassungsrecht in der zürcherischen Gemeinde Wülflingen zu werben. Beim Thurgau handelte es sich um ein Untertanengebiet der Eidgenossenschaft. Anscheinend hatte Lazarus zuvor als Eintreiber von Abgaben für Judengeleitschreiben im Thurgau agiert. Ein auf den 14. Februar 1497 datiertes Schreiben des zür-

---

Glückshafenrodel handelt es sich um ein Verzeichnis aller Teilnehmer der Lotterie am Zürcher Festschießen von 1504. Es umfasst rund 24.000 Einträge mit Namensangaben, Informationen zu Herkunft, Berufsstand und Begünstigten eines allfälligen Siegs. Vgl. Carl Keller-Escher, *Der Glückshafen am grossen Schiessen im Jahre 1504 zu Zürich*, in: Zürcher Taschenbuch 5 (1882), S. 219–235.

<sup>26</sup> Guggenheim-Grünberg, *Judenschicksale und Judenschuol* (wie Anm. 25), S. 37. Wieso und mit welchen Argumenten der Übergang von Mittelalter zu früher Neuzeit gerade bei Lazarus gesetzt wird, wird nicht erörtert.

<sup>27</sup> Guggenheim-Grünberg, *Judenschicksale und Judenschuol* (wie Anm. 25), S. 30–37.

<sup>28</sup> Staatsarchiv Zürich (in der Folge StAZH), A 323.1, 23, 4. Februar 1497, Schreiben des Hans Melk von Schwyz, *Landtvogt in ober und nider thurgow* (Akten Gemeine Herrschaften, Politisches, Thurgau 1319–1530). In demselben Konvolut befindet sich ein Aktenstück aus dem Jahr 1474, das bezeugt, wie Lazarus damit betraut wurde, bei durchreisenden Juden die Gebühren für das Ausstellen von Geleitbriefen für die Thurgauer Landschaft einzukassieren. StAZH, A 323.1, 1474. Vgl. Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 17f. und 227.

cherischen Untervogts Hanns Conrat von Rumlang in Wülflingen bezeugt, dass Lazarus zum Zeitpunkt der Intervention Melks bereits in Wülflingen niedergelassen war, wie es scheint ohne Erlaubnis der staatlichen Regierung, sondern nur mit jener des Untervogts vor Ort. Dieser rechtfertigte sich in dem Schreiben gegenüber Bürgermeister und Rat von Zürich und argumentierte, wieso er für gut befunden habe, dem Juden Lazarus bzw. *Lasarus* in seinen Gerichten Aufenthalt zu gewähren. Seine Rechtfertigungsstrategie beruht auf unterschiedlichen Argumenten. Nachdem er von der Obrigkeit gerügt wurde, dass es nicht in seiner Kompetenz stehe, dem Juden das Recht auf Niederlassung zu gewähren, wehrte er sich, dass ihm das nicht bewusst gewesen sei. Hätte er gewusst, dass die Niederlassung des Juden Lazarus dem Ansinnen der Zürcher Obrigkeit oder anderer Eidgenossen widerspreche, hätte er anders gehandelt. Daran anschließend lobte der Untervogt Lazarus als äußerst vorbildlichen Juden, der keinen Wucher treibe und anderen Juden keinen Vorschub dazu leiste. Seinen Lebensunterhalt suche Lazarus durch sein Glaserhandwerk und seine Arzneikunst, die er dem gemeinen Volk zu außerordentlich günstigen Konditionen anbiete. Über diesen materiellen Nutzen hinaus wies er darauf hin, dass Lazarus aufgrund seines Wesens und seiner Unbeschwertheit gegenüber dem gemeinen Volk beliebt sei. Würde Lazarus dem Volk zu Beschwerden Anlass geben, würde er, versicherte der Untervogt gegenüber dem Zürcher Rat, ohne Verzug weggewiesen werden. Solange dies nicht der Fall sei, möge die Herrschaft das Wohnrecht für Lazarus in den Gerichten des Hanns Conrat in Wülflingen weiterhin gewähren.<sup>29</sup>

Ob Rat und Bürgermeister darauf eingegangen sind, ist nicht dokumentiert. Der Fall zeigt aber, dass die Frage von Duldung und Vertreibung keineswegs einseitig erörtert wurde. Selbst in einem geografisch überschaubaren Territorium wie Zürich wurde die Duldung einer jüdischen Familie zum Gegenstand eines Aushandlungsprozesses zwischen zentraler und peripherer Autorität. Dieser wurde im Fall des Lazarus nicht bloß zwischen lokaler und staatlicher Obrigkeit geführt. Mit dem Unterstützungsschreiben des Thurgauer Landvogts, immerhin ein Repräsentant der eidgenössischen Tagsatzung und Angehöriger der herrschenden Familien des Standes Schwyz, hatte Lazarus einen gewichtigen Advokaten für sein Anliegen auf seiner Seite, auch wenn dieser über keinen direkten Einfluss in zürcherischen Territorien verfügte.

Bemerkenswert ist, wie beide Schreiber, Hanns Conrat wie Hans Melk, Lazarus' Tätigkeit und Eigenschaft als ehrlicher Arzt heraushoben und ihn als Juden beschrieben, der keinen Wucher betriebe. Im Schreiben von Conrat wurde zudem darauf verwiesen, dass Lazarus niemandem zur Last falle und zu keinen Be-

---

<sup>29</sup> StAZH, A 157, Nr. 1, 14. Februar 1497, Schreiben des Hanns Conrat von Rumlang zu Wülflingen an Bürgermeister und Rat von Zürich (Akten Zürich, Stadt und Landschaft, Herrschaft Wülflingen, Originalmissiv). Die Quelle wird bei Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg nicht zitiert. Enthalten ist sie aber (leicht gekürzt) bei: Werner Schnyder, Quellen zur Zürcher Wirtschaftsgeschichte. Von den Anfängen bis 1500, Bd. 2, Zürich 1937, Nr. 1592.

schwerden Anlass biete, ja dass er von großem Nutzen sei, weil sich bei ihm auch das gemeine Volk ärztliche Behandlungen leisten könne und er wegen seines Charakters bei den Untertanen beliebt sei. Ein Entscheid gegen einen weiteren Verbleib des Lazarus in den zürcherischen Territorien wird hierin als Entscheid gegen die Wohlfahrt des gemeinen Volkes dargestellt. Zwei Jahrzehnte später sind Lazarus und seine Familienangehörigen als Bewohner der Stadt Winterthur dokumentiert. Wülflingen und Winterthur liegen mit vier Kilometern Distanz räumlich sehr nahe beieinander. In Winterthur lag es allerdings am städtischen Rat, über die Niederlassung von Juden und Jüdinnen innerhalb der Stadtmauern zu entscheiden. Ab wann sie den Schutz der Stadt genossen, ist unklar. Für die Jahre 1515 und 1518 ist überliefert, dass der Rat Schutz und Schirm für Lazarus und seine Familie verlängerte.<sup>30</sup> Schriftlich festgehalten wurden sie wohl deshalb, weil sie an Bedingungen geknüpft waren. Im Dokument von 1515 wurde Lazarus' Familie angewiesen, auf dem Markt keine Waren mehr anzufassen, wenn sie nicht vorhätten, diese auch zu kaufen.<sup>31</sup> Ob diese Restriktion den Klagen von Händlern geschuldet war, stereotypen Darstellungen von Juden als mauschelnden Käufern oder gängigen Krankheits- und Reinheitsdiskursen folgte, lassen die Quellen nicht erkennen. 1518 wurde für die Verlängerung des städtischen Schutzes die Bedingung erlassen, dass sich Lazarus' Sohn Moses auf der Gasse zu keiner Person stelle und Gemeinschaft mit ihr halte, außer er habe von Krankheit wegen (als Arzt) mit ihr zu tun.<sup>32</sup> Damit wurden die Bewegungsfreiheit des Moses und die Möglichkeit sozialer Interaktion stark eingeschränkt. Offenbar wurde Lazarus und seiner Familie in Winterthur nicht mehr dieselbe Anerkennung zu teil wie zwei Jahrzehnte davor in Wülflingen. Die Duldung der Familie war aber nach wie vor gewährleistet. Zwei Jahre später kam es zu Spannungen zwischen Lazarus und der Winterthurer Geistlichkeit. Ihm wurde vorgeworfen, seine Arznei an Christen verabreicht zu haben, die bereits mit den heiligen Sakramenten versehen worden seien.<sup>33</sup> Daraufhin verfügte der Rat seine Ausweisung und die seiner Familie aus der Stadt. Ob die Verfügung tatsächlich durchgesetzt wurde,

<sup>30</sup> Stadtarchiv Winterthur (in der Folge StAW), B 2/7, S. 167, 264, 299; StAW, B 3f/1; Peter Niederhäuser, Die Zürcher Landschaft. Das spätmittelalterliche Winterthur, in: Brunschwig (Hrsg.), Juden im Kanton Zürich (wie Anm. 22), S. 100–111, 106f.

<sup>31</sup> StAW, B 2/7, S. 167, 1515. Urs Leo Gantenbein, Schwitzkur und Angstschweiss. Praktische Medizin in Winterthur seit 1300 (Neujahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur, Bd. 327), Winterthur 1997, S. 223.

<sup>32</sup> *Auch soll Moses sich müssigen, daß er an keinem Laden nicht sitze, er habe denn darin zu schaffen. Deßgleichen soll er sich auch auf der Gasse zu niemand stellen noch mit jemand eine Gemeinsame haben, als mit denen, so er zu schaffen hat von Krankheit wegen.* StAW B 2/7, S. 264, 1518. Johann Conrad Troll, Geschichte der Stadt Winterthur nach Urkunden bearbeitet, Bd. 8, Winterthur 1850, S. 321.

<sup>33</sup> *M Herren beide Rätbe haben sich des Juden halb erkennt: Die weil der Versa in der Kanzel gepredigt, er habe den Leuten seine Arznei eingegeben, nachdem sie sich mit den heil. Sakramenten versehen, daß es bei der nächsten Abkündigung bleiben soll.* StAW B 2/8, S. 6, 1520; Troll, Geschichte der Stadt Winterthur (wie Anm. 32), S. 322; Gantenbein, Schwitzkur und Angstschweiss (wie Anm. 31), S. 223.

kann nicht mehr festgestellt werden. Gegen den Vollzug spräche, dass Lazarus sechs Jahre später (1526) immer noch als Steuerzahler der Stadt Winterthur vermerkt ist.<sup>34</sup>

Im Unterschied zu Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg lokalisierte Brunschwig den Beginn jüdischer Siedlungstätigkeit in zürcherischen Territorien im rund 16 Kilometer nördlich von Winterthur gelegenen Andelfingen. Eine jüdische Siedlungstätigkeit manifestiere sich dort erstmals 1485.<sup>35</sup> Zehn Jahre später ordnete der Zürcher Rat an, dass *Lazarus Jud zů Andelfingen* bis zur Fasnacht des folgenden Jahres wegziehen müsse. Gemeint ist wohl derselbe Lazarus, der zwei Jahre später in Wülflingen und danach in Winterthur bezeugt ist.<sup>36</sup> Dokumentiert sind Andelfinger Juden auch im Zusammenhang mit Maximilian I., ab 1486 römisch-deutscher König und ab 1493 Herr der Österreichischen Erblande. Zusammen mit Juden aus anderen Siedlungen im westlichen Bodenseeraum scheinen ihm die Andelfinger Juden die Bezahlung der Krönungssteuer verweigert zu haben. Anfang Juni 1494 erließ Maximilian I. ein Mandat an die Juden aus Andelfingen, Rheinau, Diessenhofen, Aach und Engen mit der Aufforderung, ihre Schuld zu begleichen. Gleichzeitig wurde ihnen mitgeteilt, dass Johann Peter Graf zu Mosax damit beauftragt worden sei, das Geld einzutreiben, mit der Erlaubnis, nötigenfalls Gewalt gegen sie anzuwenden, falls sie sich der Zahlung entziehen würden: *Dann wo ir des nit thun unnd hierinn ungehorsam erscheinen wurden, so haben wir dem genannten Grafen bevolhen ewch, ewer leib unnd gütter darumb antzugreyffen so lanng, bis ir zu geborsam bracht werden.*<sup>37</sup>

Die erhoffte Wirkung brachten der königliche Erlass und die mit ihm verbundene Androhung von Gewalt durch Johann Peter Graf von Mosax nicht. Eine Vollmacht Maximilians I. vom ersten Februar 1496 beschreibt, wie dieser ihm berichtet habe, dass sich die Juden aus Rheinau, Diessenhofen, Andelfingen, Aach

<sup>34</sup> StAW, B 3f/1; Niederhäuser, Das spätmittelalterliche Winterthur (wie Anm. 30), S. 107, 147.

<sup>35</sup> Brunschwig schrieb dazu: „Wann die ersten Juden nach Andelfingen kamen und wie viele im Dorf lebten, ist unbekannt. Erstmals in den Quellen fassbar sind sie 1485. Damals schrieb der Zürcher Rat dem Andelfinger Vogt, dass er die Juden im Dorf ‚unbekümmert‘ lassen solle, das heisst, er durfte sie nicht schikanieren.“ Annette Brunschwig, Andelfingen, in: Dies. (Hrsg.), Juden im Kanton Zürich (wie Anm. 22), S. 111. Ob es sich bei dieser Weisung jedoch um niedergelassene oder um durchreisende Juden handelte, scheint mir durch die Quellen nicht gesichert. Im Original heißt es: *An Vogt zů Andelffing Die Juden des gleits halb wie innen im nechst geschriben hab, unbekumbert zů lãsszen.* StAZH, B II 7, S. 20.

<sup>36</sup> *Es sol Lazarus Jud zů Andelfingen byss Vastnacht nechstkoment abziehen [...]* StAZH, B II 26, S. 94. Brunschwig gibt als Quelle wohl versehentlich StAZH, B II 26, S. 95 an. Ohne in diesem Zusammenhang auf andere Nennungen des Lazarus zu verweisen, beschreibt sie ihn als „Arzt und Glaser“, obgleich diese Angabe im Ratsmanual nicht enthalten ist. So heißt es bei ihr: „Zehn Jahre später ordnete der Rat an, dass der Arzt und Glaser Lazarus bis zur Fasnacht des folgenden Jahres wegziehen müsse.“ Brunschwig, Andelfingen (wie Anm. 35), S. 111.

<sup>37</sup> Mandate betreffend Juden in einigen Städten, Speier, 9. und 10. Juni 1494, in: Rudolf Thommen (Hrsg.), Urkunden zur Schweizer Geschichte aus österreichischen Archiven, Bd. 5, Basel 1935, S. 236.

und Engen der Zahlung der Krönungssteuer entzogen hätten, indem sie in andere Ortschaften zogen. Dem Grafen von Mosax sei es nicht gelungen, die geschuldeten Steuern einzuziehen. Maximilian I. wiederholte deshalb seinen Befehl und ermächtigte den Grafen von Mosax erneut, die Juden in den Ortschaften, in welche sie weitergezogen seien, aufzuspüren, das Geld einzutreiben und sie nötigenfalls mit Gewalt zur Zahlung zu zwingen.<sup>38</sup> Aus einem Zahlungsbefehl zugunsten des Grafen von Mosax, zwei Monate später, lässt sich schließen, dass der Graf wiederum ohne Erfolg blieb. Anscheinend haben ihm die beiden Expeditionen aber Unkosten verursacht, die er nicht zu decken vermochte. So wird festgehalten, dass der Graf vom König zu etlichen Geschäften verordnet worden sei und dadurch Schulden angehäuft habe. Deshalb befahl der König der Regierung in Innsbruck, dem Grafen das Geld zu beschaffen, indem sie die Juden in den vorderen Erbländen für die Bezahlung der Steuern heranziehen solle.<sup>39</sup> Die Juden aus Andelfingen und den anderen Siedlungen werden in diesem Zahlungsbefehl nicht mehr erwähnt. Es scheint, als ob sich die gemahnten Juden im westlichen Bodenseeraum dem fiskalischen Zugriff des römisch-deutschen Königs entziehen konnten. Das mag damit zusammenhängen, dass der König als Vollstrecker seiner Interessen nicht auf die regionalen Autoritäten setzte, sondern auf einen ihm zwar ergebenden, in der Region letztlich aber wenig einflussreichen Fürsten.<sup>40</sup> Die lokalen und regionalen Machthaber hatten keinen Grund, gegen die Juden in ihrem Herrschaftsgebiet vorzugehen. Darunter zu leiden hatten letztlich die Juden in den vorderen Erbländen.

Eine jüdische Siedlungstätigkeit kann, ob mit oder ohne Unterbrechung, für die Vogtei Andelfingen noch sechs Jahrzehnte später nachgewiesen werden. 1558 wurde der Jude Juda beim Zürcher Rat mit der Bitte vorstellig, ihn *wie bisher* in der Herrschaft Andelfingen hausen zu lassen, was der Rat zumindest für ein Jahr bewilligte.<sup>41</sup> Andere jüdische Niederlassungen in zürcherischen Territorien sind, zumindest zeitweise, für die Vogtei Kyburg und für Kefikon anzunehmen. 1557 vermerkt das Zürcher Ratsmanual, dass der Rat dem Vogt von Kyburg die Erlaubnis erteilte, den *Schwiegersohn des Juden von Winterthur* in seiner Vogtei siedeln

<sup>38</sup> Vollmacht für den Grafen von Mosax, Worms, 1. Februar 1496, in: Thommen (Hrsg.), Urkunden aus österreichischen Archiven (wie Anm. 37), S. 264.

<sup>39</sup> Zahlungsbefehl zugunsten des Grafen von Mosax, Schwäbischwerd [=Donauwörth], 8. März 1496, in: Thommen (Hrsg.), Urkunden aus österreichischen Archiven (wie Anm. 37), S. 264f.

<sup>40</sup> Die Fürsten von Sax zu Mosax herrschten seit dem Hochmittelalter über vier Jahrhunderte im Misox. Die Festung von Mesocco wurde 1480 an den Söldnerführer Gian Giacomo Trivulzio veräußert, zusammen mit den Herrschaftsrechten über das Tal. Johann Peter residierte in den 1490er Jahren in Innsbruck und versuchte sein ehemaliges Herrschaftsgebiet wieder zu erlangen, wogegen sich Trivulzio aber mit einer Anbindung an die Eidgenossenschaft erfolgreich wehrte. Vgl. Cesare Santi, *Fonti per la storia del castello di Mesocco*, Poschiavo 1988.

<sup>41</sup> StAZH, B II 101, S. 1. Brunschwig bemerkt dazu: „Diese Bewilligung ist insofern erstaunlich, als man in der Forschung bis anhin glaubte, dass im 16. Jahrhundert keine Juden auf Zürcher Staatsgebiet lebten.“ Brunschwig, Andelfingen (wie Anm. 35), S. 111.

zu lassen.<sup>42</sup> Zwölf Jahre später wurde Hata, beschrieben als Jude von Kefikon, im Zusammenhang mit einer geschäftlichen Auseinandersetzung mit der Äbtissin von Tännikon aktenkundig.<sup>43</sup>

Die erwähnten Fälle scheinen darauf hinzuweisen, dass die Reformation in Zürich vorerst keine Veränderung der staatlichen Judenpolitik mit sich brachte. Jüdinnen und Juden wurden in den zürcherischen Territorien auch nach den 1520er Jahren geduldet.<sup>44</sup> Ab 1633 verfolgte der Staat Zürich dann allerdings eine äußerst rigide Politik gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe, nicht nur in Fragen der Niederlassung, sondern auch in Fragen des Durchgangsrechts. Direkter Auslöser dafür, zumindest argumentierte der Rat in diesem Sinne, war ein Prozess, den der Staat Zürich gegen den Juden Samuel Eiron führte. Eiron floh während des Dreißigjährigen Krieges von Frankfurt nach Lengnau im Surbtal. Während eines Wirtshausstreits im Zürcher Gasthof Schwert soll er gegenüber einigen Metzgern skandiert haben, dass Christus durch einen Juden *gemacht worden* sei. Die Zürcher Obrigkeit sah darin einen Fall von Gotteslästerung. Eiron wurde inhaftiert und gefoltert. Sein Fall sorgte für öffentlichen Aufruhr, Theologen debattierten über die Tragweite seiner Worte. Die Zürcher Obrigkeit statuierte ein Exempel und verurteilte Eiron wegen Gotteslästerung zum Tode. Auf dem Weg zum Schafott soll Eiron ins Publikum geschrien haben, dass Gott nie einen Sohn gehabt habe, was erst recht für Furore sorgte.<sup>45</sup> Die öffentliche Infragestellung christlicher Dogmen durch einen Juden hatte im reformierten Zürich denn auch einen Effekt, der weit über das Todesurteil Eirons hinausging: Sämtliche Angehörige jüdischen Glaubens wurden fortan aus den Zürcher Territorien verbannt. Die entsprechenden Vertreibungsmandate wurden regelmäßig wiederholt. Bis zum Ende des Ancien Régime, 1798 wurden Passierrechte nur noch in den seltensten Fällen erteilt. Jüdische Niederlassungen sind bis ins 19. Jahrhundert keine mehr belegt.

<sup>42</sup> StAZH, B II 101, S. 1. Brunschwig, Frühe Neuzeit, in: Dies. (Hrsg.), Juden im Kanton Zürich (wie Anm. 22), S. 120.

<sup>43</sup> StAZH, B II 179, S. 29. Brunschwig, Frühe Neuzeit (wie Anm. 42), S. 120.

<sup>44</sup> Zu den theologischen Prämissen reformierter Politik bei Zwingli und seinen Nachfolgern in Zürich siehe: Hans-Martin Kim, Ulrich Zwingli, the Jews, and Judaism, in: Dean Philipp Bell/Stephen Burnett (Hrsg.), Jews, Judaism and the Reformation in sixteenth-century Germany (Studies in Central European Histories, Bd. 28), Leiden 2006, S. 171–196; Achim Detmers, Reformation und Judentum. Israel-Lehren und Einstellungen zum Judentum von Luther bis zum frühen Calvin (Judentum und Christentum, Bd. 7), Stuttgart 2001; Edwin Künzli, Zwinglis Stellung zu den Juden, in: Martin Haas (Hrsg.), Festgabe Leonhard von Muralt. Überreicht von Freunden und Schülern, Zürich 1970, S. 309–318.

<sup>45</sup> StAZH, E II 11, S. 144–154; Ulrich, Sammlung Jüdischer Geschichten (wie Anm. 3), S. 119f.; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 22 und 26; Brunschwig, Frühe Neuzeit (wie Anm. 42), S. 121.



### 3.2. *Juden in den beiden Städten Mellingen und Bremgarten*

Vor der Verbannung der Juden aus den zürcherischen Territorien hatten sich in Zürich regelmäßig auswärtige Juden aufgehalten, wie die Akten des Zürcher Staatsarchivs belegen. In Bezug auf jüdische Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft sind insbesondere jene Quellen von Bedeutung, die auf Juden aus den beiden Städten Bremgarten und Mellingen verweisen.

Bremgarten liegt 20 Kilometer, Mellingen 23 Kilometer westlich der Stadt Zürich. Beide Städte waren von den Eidgenossen 1415 erobert worden. Das Recht, Juden Schutz zuzusprechen, ist für Bremgarten wohl seit 1481 verbrieft.<sup>46</sup> Konkrete Hinweise auf Juden aus Bremgarten sind zwar spärlich, aber mit einer gewissen Kontinuität überliefert. Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg berichteten von einem David zu Bremgarten, der 1537 bei der Tagsatzung um freies Geleit bat.<sup>47</sup> 1538 wünschte ein nicht namentlich genannter Jude aus Bremgarten beim Zürcher Rat Geleit.<sup>48</sup> 1560 wurde wiederum ein David aus Bremgarten in den Akten vermerkt, diesmal im Zusammenhang mit Ritualmordbeschuldigungen, die aber, wie es scheint, zurückgewiesen wurden.<sup>49</sup> 1564 interveniert der Zürcher Rat in einer Rechtssache zugunsten von Salomon von Bremgarten und Messly von Mellingen.<sup>50</sup> Für 1578 erwähnen die Akten einen Bremgartner Juden, der in der Zürcher Herrschaft Grüningen seine Dienste als Arzt angeboten hat. Da er ohne Erlaubnis und ohne Geleit in Zürcher Gebieten tätig war, musste er dafür büßen.<sup>51</sup> Für das Jahr 1585 wird ein Salman aufgrund eines Rechtshandels mit einem Einwohner von Adlikon aktenkundig. Über Salman heißt es, dass er zusammen mit seinem Vater Jacob und seiner Schwester Böli in Bremgarten wohne. Der Rechtsstreit wurde zu seinen Gunsten entschieden.<sup>52</sup> Für 1590 dokumentiert das Zürcher Ratsmanual eine Streitschlichtung zwischen *Sadläms dem alten Juden zu Brëmgarten* und zwei Christen.<sup>53</sup>

Bremgartens konfessionelle und politische Anbindung unterlag mehreren Verschiebungen. Der juristische Einflussbereich der Stadt wurde nach deren Eroberung durch die Eidgenossen auf verschiedene Parteien aufgeteilt. Die Hochgerichtsbarkeit des Kelleramts wurde Zürich zugestanden, jene des Niederamts

<sup>46</sup> Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede (in der Folge EA), 3.1, S. 99, Art. 1; Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 17 und 227.

<sup>47</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 18 und 227.

<sup>48</sup> StAZH, B VIII 93, S. 201v; Brunschwig, *Frühe Neuzeit* (wie Anm. 42), S. 120.

<sup>49</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 18 und 227.

<sup>50</sup> StAZH, B II 129, S. 6; Brunschwig, *Frühe Neuzeit* (wie Anm. 42), S. 120. Bei Brunschwig als *Mössly* umschrieben.

<sup>51</sup> StAZH, F III 13. Brunschwig, *Frühe Neuzeit* (wie Anm. 42), S. 120.

<sup>52</sup> StAZH, A 135.3, Neuamt; Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 18 und 227. Ebenfalls bei Brunschwig, *Frühe Neuzeit* (wie Anm. 42), S. 120. Dort umschrieben als *Salomon* und *Jakob*.

<sup>53</sup> StAZH, B II 230, S. 18; Brunschwig, *Frühe Neuzeit* (wie Anm. 42), S. 120.

verschmolz mit der gemeinherrschaftlich verwalteten Grafschaft Baden. Die Kontrolle über die Stadt unterstand dem eidgenössischen Landvogt der Grafschaft Baden. Die Stadt Bremgarten verbündete sich in der Folge mit Zürich. Dieses Bündnis sollte über die Reformation hinaus Bestand haben: Bremgarten wurde 1529 reformiert und wählte den Reformator Heinrich Bullinger (1504–1574), später Verfasser des Zweiten Helvetischen Bekenntnisses, zum Stadtpfarrer. Im selben Jahr wurde, in der Folge des Ersten Kappelerkriegs, beiden Konfessionen die Gleichberechtigung zuerkannt. Zwei Jahre später, als die Katholiken im Zweiten Kappelerkrieg 1531 den Sieg errangen, machten die katholischen Orte ihren Einfluss in der Stadt geltend. Heinrich Bullinger flüchtete daraufhin nach Zürich und wurde dort zum Nachfolger des Reformators Huldrych Zwingli (1484–1531) gewählt, der in der Schlacht bei Kappel am Albis gefallen war. Während des Zweiten Villmergerkriegs, dem letzten der vier Konfessionskriege, wurde Bremgarten 1712 schließlich von den reformierten Orten erobert und stand anschließend unter deren politischen Einfluss, blieb konfessionell allerdings katholisch.<sup>54</sup> Die konfessionellen und politischen Verschiebungen hatten auf die Duldung jüdischer Niederlassungen innerhalb der Stadt Bremgarten wohl keine Auswirkungen. Die mehr oder minder kontinuierlichen Zeugnisse aus dem 16. Jahrhundert sprechen dafür. Weshalb für das 17. Jahrhundert keine Belege mehr nachgewiesen sind, wäre zu erforschen.

Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg gingen davon aus, dass Mellingen wie Bremgarten das Recht hatte, Juden den Schutz auszusprechen, belegten dies allerdings nicht eindeutig.<sup>55</sup> Belegt ist hingegen, dass Mellingen auch nach der Eroberung durch die Eidgenossen 1415 mit weitgehenden Rechten ausgestattet war. Die Stadt verfügte über gerichtliche Autonomie, die Blutgerichtsbarkeit eingeschlossen, hatte freies Marktrecht, wählte ihre Behörden selbständig und verfügte über eine eigene Gesetzgebung. Verwaltungstechnisch gehörte sie zu der gemeinherrschaftlich verwalteten Grafschaft Baden.<sup>56</sup> Mellinger Juden wurden im 16. und 17. Jahrhundert vereinzelt aktenkundig. Für 1564 ist der oben erwähnte Jude Messly belegt. 1638 wurde dem Meier aus Stühlingen erlaubt, für ein Jahr in Mellingen zu wohnen.<sup>57</sup> 1641 wird in den Ratsmanualen der Stadt Zürich *über Jegli Schwaben, deß Juden zu Mellingen* festgehalten, dass er den Zürcher Marstall

<sup>54</sup> Als Überblick zur Geschichte Bremgartens: Eugen Bürgisser, *Kurze Geschichte der Stadt Bremgarten. Beiträge zu einer mittelalterlichen Stadt, Bremgarten 1990*, S. 7–51. Zur Konfessionsgeschichte des Freiamts: Emil Schultz, *Reformation und Gegenreformation in den Freien Ämtern, Zürich 1899*. Schultz' Dissertation ist einer katholischen Perspektive verpflichtet, die Schreibweise durchaus pathetisch gehalten. Die Studie brilliert allerdings durch eine detaillierte Quellenarbeit. Hinweise zur Geschichte der Jüdinnen und Juden finden sich weder bei Bürgisser noch bei Schultz.

<sup>55</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 21 und 228.

<sup>56</sup> Rainer Stöckli, *Mellingen*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Bd. 8, Basel 2008, S. 344; Ders. *Geschichte der Stadt Mellingen von 1500 bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts* (Historische Schriften der Universität Freiburg Schweiz, Bd. 7), Freiburg 1979.

<sup>57</sup> Stöckli, *Geschichte der Stadt Mellingen* (wie Anm. 56), S. 247.

mit guten und dienstlichen Pferden versorgen möchte. Das Instruktionsschreiben hob die positiven Eigenschaften des Jegli Schwaben als Pferdehändler hervor, verwies allerdings auf die beschlossene Verbannung der Juden aus dem Staat Zürich und schloss einen Handel mit ihm daher aus.<sup>58</sup>

Seit spätestens 1639 lebten Maram und sein Bruder Isaak in Mellingen. Sie werden als Geldwechsler, Tuch- und Viehhändler beschrieben. In Ratsprotokollen der Stadt Mellingen sind mehrere Prozesse dokumentiert, in welche sie verwickelt waren, wobei ihnen das Gericht in den meisten Fällen Recht zusprach.<sup>59</sup> 1648 wurde Maram durch den Tuchhändler Wildermet und seinen Diener Sebastian Wälf angegriffen und anscheinend beinahe zu Tode geprügelt. Die Stadt Mellingen büßte die beiden Angreifer mit hohen Strafen. Darüber beklagte sich Wälf beim Zürcher Rat. Dieser erkundigte sich bei den Räten von Mellingen über den Vorfall. Mellingen antwortete Zürich, dass Wälf nach dem geltenden Stadtrecht bestraft wurde und Maram unter dem Schutz der Stadt Mellingen stünde.<sup>60</sup> Für dasselbe Jahr dokumentieren die Ratsprotokolle, dass die Juden Maram, Schwab und Meier Mellingen verlassen hätten und nach Stühlingen gezogen seien. Im Widerspruch dazu steht ein Eintrag, der auf eine Niederlassung des Maram bis ins Jahr 1651 schließen lässt.<sup>61</sup> Nach einer längeren Periode der Duldung von jüdischen Niederlassungen beschlossen die Mellinger Räte 1666, keine weiteren Juden mehr in ihrer Stadt aufzunehmen: [...] *wyl sy dussen seigen, sollent sy dussen verbliben*.<sup>62</sup>

### 3.3. Jüdische Niederlassungen und Siedlungen in Solothurn

Für den Stand Solothurn kann eine jüdische Siedlungstätigkeit ab den 1570er Jahren in den Manualen des solothurnischen Rats nachgewiesen werden. Diese bezeugen in regelmäßigen Abständen Niederlassungsbewilligungen wie auch Be-

<sup>58</sup> StAZH, B II 434, S. 14. Keine Erwähnung bei Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg. Bei Brunschwig ohne Datumsangabe, aber mit Verweis auf das Ratsmanual angegeben, umschrieben als *Jäckli Schwaben*. Brunschwig, Frühe Neuzeit (wie Anm. 42), S. 122.

<sup>59</sup> Stadtarchiv Mellingen (in der Folge StAM), M3, Ratsprotokolle, S. 227f., 252; M4, Ratsprotokolle, S. 6 und 9; M16, Ratsprotokolle, S. 1f, 26, 30, 64, 68, 81f., 123f.; M17, Ratsprotokolle, S. 24, 28, 51, 75; Stöckli, Geschichte der Stadt Mellingen (wie Anm. 56), S. 247.

<sup>60</sup> StAM, M17, Ratsprotokolle, S. 1f. StAZH, A 320, 7. Februar 1648; Stöckli, Geschichte der Stadt Mellingen (wie Anm. 56), S. 247; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 21 und 228. Stöckli widerspricht hier der These von Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg, dass der Mellinger Jude Maram identisch gewesen sein könnte mit dem später in Lengnau dokumentierten Maram Guggenheim, der ab 1675 als *Vorsteher und Führer der jüdischen Gemeinden* in der Grafschaft Baden amtierte.

<sup>61</sup> StAM, M17, Ratsprotokolle, S. 75; M1, Ratsprotokolle, S. 478f und 483f.; Stöckli, Geschichte der Stadt Mellingen (wie Anm. 56), S. 248.

<sup>62</sup> StAM, M1, Ratsprotokolle, S. 240f.; Stöckli, Geschichte der Stadt Mellingen (wie Anm. 56), S. 248.

fehle zur Vertreibung der Juden. Als Gemeinden, in welchen Juden siedelten, werden Metzerlen, Hofstetten, Witterswil, Dornach, Erschwil, Trimbach und Winznau genannt.<sup>63</sup> Die Einträge dokumentieren, dass es zwischen dem Solothurnischen Rat und den von ihm eingesetzten Vögten in den peripheren Gebieten wiederholt zu Auseinandersetzungen um die Duldung jüdischer Niederlassungen kam.

Für das 16. Jahrhundert können Fälle nachgewiesen werden, in welchen die solothurnischen Räte einzelnen Juden, zumindest temporär, Schutz gewährten. 1575 wurde dem Juden Daniel eine Niederlassungsbewilligung in Hofstetten erteilt, unter der Bedingung, dass er kein Diebesgut kaufe, *mit uffrechten kouffen und düschen* und ohne *jüdischen Wucher* Handel betreibe.<sup>64</sup> Im selben Jahr wurde Mathis das Recht auf Niederlassung in Metzerlen zugesprochen. Diese Frist wurde ihm 1576 um ein weiteres Jahr verlängert.<sup>65</sup> 1578 erhielt Friedlin eine Wohnnerlaubnis in Witterswil.<sup>66</sup> 1592 bat ein Mathis, der als Jude zu Trimbach bezeichnet wurde, zusammen mit seinem Bruder und einem Juden von Winznau, dass sie in solothurnischen Landen siedeln durften. Da dagegen keine Klagen erhoben wurden, wurde es ihnen, vorerst auf ein oder zwei Jahre befristet, erlaubt. Ob es sich dabei um jenen Mathis handelte, der bereits 1576 das Recht erhalten hatte, sich in Metzerlen niederzulassen, kann nicht eruiert werden.

Im Widerspruch zu diesen vom Rat erlassenen Niederlassungen ordnete derselbe Rat wiederholt die Ausweisung sämtlicher Juden aus solothurnischen Gebieten an. Zwischen Durchreisenden und Niedergelassenen wurde dabei kein Unterschied gemacht. Von 1575 bis 1597 sind dreizehn derartige Anordnungen an die Landvögte in den Ratsmanualen verzeichnet, welche sich um die Vertreibungen vor Ort kümmern sollten. Dabei fällt auf, dass die Landvögte den Anweisungen des solothurnischen Rats nicht bedingungslos Folge leisteten. Im Mai 1575 wurde an die Vögte *enam Berg* geschrieben, dass sie die Juden aus ihren Territorien wegweisen sollten.<sup>67</sup> Im Juni 1575 wurde an die Vögte in Thierstein und Gilgenberg gesandt, es sei den Untertanen verboten, diesen Unterschlupf zu gewähren.<sup>68</sup> Im Juni 1578 wiederholte der Schreiber an den Vogt in Dorneck, dass seine Herren keine Juden in Solothurn wollten.<sup>69</sup> Ein Jahr später, im Juni 1579, wurde der Vogt in Dorneck angewiesen, die oben genannten Friedlin und Ma-

<sup>63</sup> Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 53–77 und S. 60–68; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 18, 76–79 und 227.

<sup>64</sup> Staatsarchiv Solothurn (in der Folge StASO), RM 1575, 79, S. 271; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 61.

<sup>65</sup> StASO, RM 1576, 80, S. 76; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 61; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 77.

<sup>66</sup> StASO, RM 1578, 82, fol. 7; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 61; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 76.

<sup>67</sup> StASO, RM 1575, 79, S. 157; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>68</sup> StASO, RM 1575, 79, S. 166; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>69</sup> StASO, RM 1578, 82, fol. 106; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

this, unter Einräumung einer Frist bis zu den nächsten Pfingsten, auszuweisen.<sup>70</sup> Dass diese Ausweisung nicht erfolgte, beweisen zwei Einträge vom Januar und Februar 1582: Der erste Eintrag wiederholt die Ermahnung an den Dornecker Vogt, die Ausweisungen vorzunehmen,<sup>71</sup> die zweite fordert namentlich dazu auf, Friedl bzw. hier Fridli endlich auszuweisen.<sup>72</sup>

Im Januar 1582 wurden sämtliche Landvögte angewiesen, die Juden aus solothurnischen Territorien zu vertreiben. Dabei wurde den Vögten mit Konsequenzen gedroht, falls sie dies nicht durchsetzen würden.<sup>73</sup> Von Mathis erfahren wir wieder im Februar 1587, in diesem Fall als Bewohner der Vogtei Gösgen, in Zusammenhang mit einem Befehl an deren Vogt, ihn, der *den landlütben vil fürgesetzt* habe, auszuweisen.<sup>74</sup> Der Vogt von Gösgen hatte sich anscheinend bereits fünf Jahre zuvor den Anweisungen aus der Stadt Solothurn widersetzt. Damals wurde ihm *bi verliering miner herren frönschaft* gedroht, die obrigkeitlichen Erlasse durchzusetzen.<sup>75</sup> 1596 wurde dem Vogt erneut befohlen, die Juden auszuweisen.<sup>76</sup> Ein Jahr zuvor, 1595, wurde der Vogt von Gilgenberg angewiesen, die Juden von Erschwil fortzuweisen.<sup>77</sup> Quellen, welche die Reaktionen der Vögte überliefern, sind nicht überliefert. Die Ratsmanuale geben lediglich die Perspektive des solothurnischen Rats wieder. Sie dokumentieren den Widerstand gegen die Vertreibung aber eindeutig. Die Vögte von Gösgen, Dorneck, Falkenstein, Thierstein und Gilgenberg wurden von der Obrigkeit mehrmals ermahnt, ihre Weisungen durchzusetzen. Die Drohung, dass die Juden bei Zuwiderhandlung an Leib und Leben bestraft würden und die Vögte selbst mit dem Verlust der obrigkeitlichen Huld zu rechnen hätten, blieben wirkungslos. Es scheint, als ob die solothurnischen Vögte in den peripheren, ennetbirgischen Vogteien in den 1570er bis 1590er Jahren nach eigenem Gutdünken über Duldung und Vertreibung entschieden. Das mag an der geographischen Lage der entsprechenden Vogteien gelegen haben. Zudem konnten die Vögte darauf verweisen, dass die Erlasse der Obrigkeit in sich keineswegs konsistent waren. So gewährte der Rat einzelnen Juden Niederlassungsrechte, während sie von den Vögten die Vertreibung sämtlicher Juden erwarteten. Augenfällig zeigen sich die widersprüchlichen Voten zu Duldung und Vertreibung im Jahr 1582: Unter Androhung von Konsequenzen wurden die Vögte im Januar dazu aufgefordert, keine Juden mehr zu dulden. Im November desselben Jahres gewährte der solothurnische Rat dem Vogt zu Gös-

<sup>70</sup> StASO, RM 1579, 83, fol. 93; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>71</sup> StASO, RM 1582, 86, fol. 1; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>72</sup> StASO, RM 1582, 86, S. 78; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>73</sup> StASO, RM 1582, 86, S. 13; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>74</sup> StASO, RM 1587, 91, S. 607; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>75</sup> StASO, RM 1582, 86, S. 322; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>76</sup> StASO, RM 1596, 100, S. 185; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>77</sup> StASO, RM 1595, 99, S. 263; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

gen ausdrücklich das Recht, zwei Juden in seiner Vogtei wohnen zu lassen, solange er das Amt des Vogtes besetze.<sup>78</sup>

Beschlüsse zur Duldung oder Vertreibung erfolgten in Solothurn zuweilen im Kontext konfessionspolitischer Überlegungen, die nicht nur gegen die Juden gerichtet waren. In den 1520er Jahren schien es, als ob Solothurn reformiert würde. Gerade in den Grenzgebieten zu den Territorien der reformierten Orte Bern und Basel fand die neue Lehre rasch Verbreitung. Auf Druck Berns wurde im September 1529 die freie Wahl des christlichen Bekenntnisses eingeführt. Wenige Monate später bekannten sich zwei Drittel der Landgemeinden zur Reformation, ein Drittel der hauptstädtischen Bevölkerung trat für die Reformation ein, die Obrigkeit hielt hingegen mehrheitlich am katholischen Glauben fest.<sup>79</sup> Mit dem Sieg der katholischen Stände im Zweiten Kappelerkrieg 1531 änderten sich die Verhältnisse wieder. Der Solothurner Rat verbot die reformierte Predigt, schlug 1533 einen Aufstand der reformierten Bürger nieder und stärkte die katholische Staatskirche mit diversen Mandaten zur religiösen Praxis.<sup>80</sup>

Wie Urban Fink bemerkte, waren diese Mandate in der Stadt wesentlich erfolgreicher als in den ländlichen Gebieten: „Durch Mandate setzte der Rat direkt bei der Geistlichkeit und bei der Stadtbevölkerung Verbote und Verhaltensvorschriften durch, über die Landvögte mit weniger Erfolg auch in der Landschaft.“<sup>81</sup> Wiederholt wählten Täufergemeinden, die weder von den reformierten noch von den katholischen Ständen geduldet wurden, die peripheren Gebiete des ländlichen Solothurn als Rückzugsorte. Gegen sie erließ der Solothurner Rat mehrere Mandate. Weisungen zur Vertreibung der Täufer hatten mitunter Konsequenzen für die in Solothurn niedergelassenen Juden. Im Mai 1579 und im August 1597 befahl der Rat den Vögten, die Juden gemeinsam mit den Täufnern aus solothurnischen Gebieten zu vertreiben.<sup>82</sup> Die Versuche einer konfessionellen und religiösen Uniformierung der Solothurner Landschaft blieben jedoch ohne Erfolg.

Ein Eintrag im Ratsmanual von 1637 beschreibt, dass sich in der Vogtei Dorneck eine größere Zahl an Juden niedergelassen hatte, die den Schutz der lokalen Autoritäten genoß.<sup>83</sup> In Dornach und Dornachbrugg entwickelten sich anscheinend größere jüdische Siedlungen. Eine zahlenmäßige Beschreibung liegt nicht vor. Festgehalten wurde hingegen, dass die Juden von Dornach und Dornachbrugg über eine Synagoge verfügten, ohne dass man allerdings Näheres über die

<sup>78</sup> StASO, RM 1582, 86, S. 402; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 63.

<sup>79</sup> Erich Meyer, Solothurn. Zwischen Reformation und katholischer Reform, in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. 11, Basel 2011, S. 587–592.

<sup>80</sup> Meyer, Solothurn (wie Anm. 79), S. 587–592.

<sup>81</sup> Urban Fink, Solothurn. Frömmigkeit und religiöse Abweichung, in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. 11, Basel 2011, S. 597.

<sup>82</sup> StASO, RM 1579, 83, fol. 84; RM 1597, 101, S. 239; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 62.

<sup>83</sup> StASO, RM 1637, 141, S. 199f., 219f. 217; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 64; Welder-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 77.

Beschaffenheit dieser Synagoge erführe. Der Solothurner Rat wies den Dornecker Vogt an, die *Hebreer* auszuweisen, da ihnen vorgeworfen wurde, öffentlich für ihr *Secte* zu werben.<sup>84</sup>

Wie die obrigkeitlichen Quellen selbst dokumentieren, wurde der Ratsbefehl nicht ausgeführt. Für das Jahr 1639 halten die Ratsmanuale fest, dass die solothurnischen Gesandten auf der Konferenz der katholischen eidgenössischen Orte in Luzern darauf hingewiesen wurden, dass in der Vogtei Dorneck eine gotteslästerliche Synagoge unterhalten werde und dass die Juden ihren Gottesdienst dort ohne Scheu ausübten.<sup>85</sup> Daraufhin erneuerte der Solothurner Rat seine Weisung an den Dornecker Vogt mit *sonderem Ernst* und befahl, die Juden, welche nun als die *Erbfeinde* beschrieben wurden, endlich auszuweisen und ihre Besitztümer zu konfiszieren.<sup>86</sup>

Die Tatsache, dass auf der Konferenz der katholischen Orte über die Wegweisung von Juden aus dem Territorium eines verbündeten souveränen Staates debattiert wurde, scheint bemerkenswert. In ihrer Selbstwahrnehmung als Hüter des rechten Glaubens achteten beide Lager, das katholische wie das reformierte, auf die Wahrung und die Durchsetzung der religiösen Deutungshoheit in ihren jeweiligen Gebieten. Die Staatskirchen konnten die Einhaltung religiöser Dogmen von den eigenen Bürgerinnen und Bürgern nur schwer einfordern, wenn Andersgläubige im öffentlichen Raum dagegen verstoßen konnten oder nur kolportiert wurde, dass diese dagegen verstießen. So büßte ein Jude in Metzerlen, von dem gesagt wurde, dass er während der Fastenzeit Fleisch gegessen hätte, 1633 mit 100 Pfund Strafgeld.<sup>87</sup> Elsässer Juden, die sich vorübergehend in solothurnischen Gebieten aufhielten und demselben Vorwurf ausgesetzt waren, wurden aus dem Land verwiesen.<sup>88</sup>

Zu einer endgültigen Verbannung aus solothurnischen Gebieten führten die Erlasse von 1639 nach wie vor nicht. 1652 erhielt der Elsässer Jagel im Namen einer Gruppe von Flüchtlingen die Erlaubnis, sich in der Vogtei Dorneck bis zur Fastnacht des nächsten Jahres niederzulassen.<sup>89</sup> Im Februar 1653 erinnerte die Solothurner Obrigkeit den Vogt daran, die gegebene Frist einzuhalten und die Juden zur Fastnacht hin wieder zu vertreiben.<sup>90</sup> Diese Mahnung des Rats blieb offenbar ohne Wirkung. Ein Elsässer Jagel bzw. Jaggel wird noch 1660 als Bewohner von Dornachbrugg aufgeführt.<sup>91</sup> 1703 nennt das Ratsmanual die Juden Isac, Marx und

<sup>84</sup> Wie Anm. 83.

<sup>85</sup> StASO, RM 1639, 143, S. 667f., 682; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 64.

<sup>86</sup> Wie Anm. 85.

<sup>87</sup> StASO, RM 1633, 137, S. 126; 159. Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 65.

<sup>88</sup> StASO, RM 1633, 294.

<sup>89</sup> StASO, RM 1652, 196, S. 813f.

<sup>90</sup> StASO, RM 1653, 157, S. 61; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 65.

<sup>91</sup> Paul Kläger, Dornach und seine Landschaft, in: Einwohnergemeinde Dornach (Hrsg.), Dornach, Bd. 1, Dornach 1988, S. 13–51, S. 29. Dort allerdings ohne Zitation. Zu den Juden in Dornach vgl. Daniel Ramseier, Historischer Überblick, in: ebd., S. 52–71, S. 66.

Gossel, denen der Aufenthalt in der Vogtei Dorneck gestattet wurde.<sup>92</sup> Im März 1730 erlaubte der solothurnische Rat dem Leibel Bloch, in Dornach ein Haus zu erwerben.<sup>93</sup> Einen Monat später, im April 1730, beschloss der Rat hingegen, dass Juden zwar in Solothurn domiziliert sein könnten, dass es ihnen aber verboten sein solle, Häuser und Güter zu erstehen. Die Debatten, die zwischen den beiden Beschlüssen geführt wurden, lassen sich nicht rekonstruieren. Offensichtlich bestanden hier allerdings unterschiedliche Lager. Die Partei, die für eine Einschränkung jüdischer Handlungsfreiheit einstand, setzte sich durch. Als sich Leibel Bloch infolge des vom Rat gebrochenen Versprechens weigerte, sein Schirmgeld zu bezahlen, wurde er kurzerhand aus den solothurnischen Gebieten ausgewiesen. Zeitgleich wurde beschlossen, Juden nicht mehr zu dulden.<sup>94</sup>

Im Unterschied zu den vorherigen Vertreibungsbefehlen konnten die Jüdinnen und Juden nun allerdings nicht mehr auf den Schutz der lokalen Vögte zählen. Im Jahr 1736 hatten sich die Gemeindevorsteher von Dornach an den Dornecker Landvogt Wagner gewandt, um gegen die dortigen jüdischen Familien, anscheinend neun an der Zahl, zu klagen.<sup>95</sup> Die Gemeindeoberen warfen ihnen Anleitung zum Diebstahl, Hehlerei und Wucher vor. Außerdem sollen sie sich in den Gemeinde- und Staatswäldern mit Brennholz versorgt und mittellose Christen angestiftet haben, ihnen unrechtmäßig Brennholz aus den Allmenden zu beschaffen. Zudem sollen Trauben, Obst und Rüben gestohlen worden sein. Um den Umfang der Raubzüge zu illustrieren, schilderten die Gemeindeoberen, dass man im Herbst in jüdischen Haushaltungen mehr Obst und Trauben vorfände als in den wohlhabendsten Bauernhäusern. Ein weiterer Vorwurf bezog sich auf Wuchergeschäfte. So wurden die Juden insbesondere für Vergantungen und die Verarmung der Landbevölkerung verantwortlich gemacht. Auch die Verbreitung von Viehkrankheiten wurde auf die Juden zurückgeführt. Ihnen wurde vorgeworfen, dass sich *Viehpresten* ausdrücklich bei Tieren zeigten, die durch Juden verkauft worden seien. Die Priesterschaft führte an, dass die Juden den katholischen Glauben verachteten. Als besonders störend wurde hervorgehoben, dass sie während der Gottesdienstzeiten Handel trieben. Zudem fiel es den Pfarrern schwer, ihr Kirchenvolk mit dem *hochwürdigsten Gut* in Haushaltungen zu besuchen, in welchen auch jüdische Familien wohnten. Der Landvogt schloss sich den Vorwürfen der Gemeindeoberen und der Geistlichkeit an und endete seinen Bericht mit der Bitte an die Obrigkeit, sie möge *dieses schädliche und überlästige Volk zu Nutz dieser armen Gemeind [...] vertilgen*.<sup>96</sup>

<sup>92</sup> StASO, RM 1703, S. 2; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 66.

<sup>93</sup> StASO, RM 1730, S. 312; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 66.

<sup>94</sup> StASO, RM 1730, S. 413f.; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 66.

<sup>95</sup> StASO, RM 1736, S. 4f.; Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 66f.

<sup>96</sup> Ebd. Ähnliche Vorwürfe finden sich auch gegen die Judenschaft im Reich. Vgl. hierzu die Beiträge in diesem Band.



Zwischen dem solothurnischem Rat, dem Vogt, den Gemeindeoberen und der Priesterschaft bestand hier, anders als in vorherigen Fällen, eine geeinte Front, die sich gegen die Duldung und für die Vertreibung der Jüdinnen und Juden aussprach. Ohne Fürsprecher war das Schicksal der jüdischen Haushalte besiegelt. Nach 1736 sind bis zum Ende des Ancien Régime in Solothurn keine jüdischen Niederlassungen mehr verzeichnet. Zwar wurde einzelnen Juden das Durchgangsrecht oder der Besuch von Märkten gewährt; gleichwohl ergingen in den folgenden Jahrzehnten regelmäßig Verordnungen gegen spezifische Handelsgeschäfte, Zinsverbote und Einschränkungen im Hausierwesen, die spezifisch an jüdische Händler gerichtet waren.<sup>97</sup>

### 3.4. Jüdische Niederlassungen in Stadt und Fürstbistum Basel

In der Stadt Basel scheinen Juden nach der Reformation nur sehr selten gesiedelt zu haben. Aufenthaltsbewilligungen und Marktzugang sind für jüdische Handelsreisende zwar zahlreich verbürgt, doch waren diese in anderen Territorien wohnhaft, insbesondere in der Markgrafschaft Baden, im Sundgau, in Vorderösterreich, im Fürstbistum Basel und im Aargau.<sup>98</sup> Neben den Handelsreisenden wurden jüdische Gelehrte in Basel, das sich zu einem Zentrum des Buchdrucks entwickelte, als Korrektoren für hebräische Drucke geschätzt. Wie die Handelsreisenden scheinen sie selten für längere Zeit in Basel gehaust zu haben. Als Wohnorte der Korrektoren werden etwa Porrentruy bzw. Pruntrut und Lengnau angegeben.<sup>99</sup>

Für das Jahr 1642 ist die Vergabe einer Wohnlizenz an zwei jüdische Familien durch den kleinen Rat verbürgt. Ein Jahr später, im Dezember 1643, wandten sich elf Basler Bürger an den Rat und baten darum, den Juden den Aufenthalt in der Stadt aus ökonomischen und religiösen Gründen zu untersagen. Mit ihrem Wucherhandel würden sie den Bürgern *das Brot augenscheinlich und ungescheucht vor dem Maul abschneiden*.<sup>100</sup> Anstatt sich auf den Handel mit Pferden zu beschränken, würden sie ihre Feiertage und jüdischen Gottesdienste in der Stadt abhalten. Dabei würden sie Jesus Christus lästern, schänden und schmähen sowie die Christen *morgendlich verdammen und vermaledeien*. Als Belege für diese Vorwürfe nen-

<sup>97</sup> Studer, Die Juden in Solothurn (wie Anm. 22), S. 67–73; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 78f.

<sup>98</sup> Nordmann, Geschichte der Juden in Basel (wie Anm. 12), S. 16–21; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 60–64.

<sup>99</sup> Meyer Kayserling, Richelieu, Buxtorf père et fils, Jacob Roman. Documents pour servir à l'histoire du commerce de la librairie juive au XVIIe siècle, in: Revue des Etudes Juives 8 (1884), S. 74–95; Nordmann, Geschichte der Juden in Basel (wie Anm. 12), S. 22–34; Vgl. auch ausführlich zum Buchdruck Clemens P. Sidorko, Basel und der jiddische Buchdruck (1557–1612). Kulturexport in der Frühen Neuzeit (Schriften der Universitätsbibliothek Basel, Bd. 8), Basel 2014.

<sup>100</sup> Staatsarchiv Basel-Stadt (in der Folge StABS), Q Kirchenakten, Juden, Faszikel I, Nr. 24.

nen die Basler Bürger allerdings keine lokalen Vorkommnisse, sondern verweisen für die Lästerung Christi auf den oben beschriebenen Prozess um Samuel Eiron und für die allmorgendliche Schmähung der Christen auf die von Johannes Buxtorf 1603 veröffentlichte Schrift *Juden-Schul*:

Wann dann, Gn. gebietendt und Hoch Ehrende Herren, diese überauss schädliche Leuth, welche nicht allein gemeiner Burgerschaft schädlich, sondern auch ärgerlich sin, indem sie nicht allein unsern lieben Herrn und Seligmacher Jesum Christum auf das gräwlichste lästern, schänden und schmeihen (wesswegen unlängsten ein Jud zu Zürich enthaubtet und darüber allen Juden Statt undt Land Zurich zu ewigen Zeiten verbothen worden), sondern auch alle Morgen und Abendt die Christen vermaledeyen und verdammen (wie solches Herr Doctor Buxtorff ohnlängst in einem Buch, die Judenschul genandt, genugsamlich ussgestrichen hat) keines weiss zu leiden seyen; wie denn auch solche in keinem orth der Löblichen Eidgenossenschaft nicht gelitten werden.<sup>101</sup>

Diese Argumentationslinien fanden beim kleinen Rat hingegen keinen oder nur bedingten Widerhall. Er versprach, dafür zu sorgen, dass der jüdische Gottesdienst in der Stadt Basel untersagt würde. Die Juden sollten aber weiterhin ein Wohnrecht behalten. Als zwei Jahre später erneut Klage geführt wurde, diesmal mit Unterstützung des Bürgermeisters, wurde beschlossen, die beiden jüdischen Familien wegzuweisen, ihnen den Zugang zu den Basler Märkten aber nach wie vor zu gewähren.<sup>102</sup>

Im angrenzenden Fürstbistum Basel waren jüdische Niederlassungen erlaubt. 1501 löste sich die Stadt Basel von der weltlichen Gewalt des Fürstbischofs und trat dem Bündnis der Eidgenossenschaft bei. Mit der Durchsetzung der Reformation innerhalb der Stadt 1529 löste diese sich auch aus der geistlichen Gewalt des Bischofs. Der Bischof residierte fortan außerhalb seiner Diözese in Porrentruy, das zur Diözese Besançon gehörte. Formell in die Eidgenossenschaft aufgenommen wurde das Fürstbistum vorerst nicht. 1579 trat der Fürstbischof allerdings in ein Bündnis mit den katholischen Orten ein.<sup>103</sup>

Das Fürstbistum duldete Juden innerhalb seines Territoriums. Belegt sind sie für die Ortschaften Schliengen, Steinenstadt, Mauchen, Haltingen, Allschwil, Schönenbuch, Oberwil, Arlesheim, Aesch, Blauen, Zwingen, Röschenz und

<sup>101</sup> StABS, Q Kirchenakten, Juden, Faszikel I, Nr. 24. Nordmann, Geschichte der Juden in Basel (wie Anm. 12), S. 170; Johannes Buxtorf, *Synagoga judaica, das ist Jüden Schul*. Darinnen der gantz Jüdische Glaub und Glaubensübung mit allen Ceremonien, Satzungen, Sitten und Gebräuchen wie sie bey ihnen öffentlich und heimlich im Brauche: Aus ihren eigenen Büchern und Schriften so den Christen mehrtheils unbekant unnd verborgen sind mit vermeldung jedes Buchs ort und blat grundlich erkläret. Item Ein Außführlicher Bericht von ihrem zukünfftigen Messia. Sampt einer Disputation eines Juden wider einen Christen. Darinnen der Christlich Glaub beschirmet und der Jüdisch Unglaube widerleget und zu boden gestürzt wird. Jetzt erstmals der gantzen Christenheit zu gut an tag gegeben, Basel 1603.

<sup>102</sup> Nordmann, Geschichte der Juden in Basel (wie Anm. 12), S. 39; Vgl. Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 62.

<sup>103</sup> Philippe Froidevaux, Fürstbistum Basel. Das 16. Jahrhundert und Fürstbischof Blarer, in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. 1, Basel 2001, S. 747.

Charmoille.<sup>104</sup> In Porrentruy, der bischöflichen Residenzstadt, war zudem Mordechai ben Naphtali wohnhaft, der sowohl als Drucker als auch als Korrektor für die Basler Druckwerkstatt Waldkirch arbeitete.<sup>105</sup> Als Arzt des Bischofs wird in den 1570er bis in die 1590er Jahre der Jude Joseph in Allschweyler (Allschwil) genannt. Namentlich erwähnt werden für Allschwil zu derselben Zeit auch die beiden Juden Mose und Felix.<sup>106</sup> Der zum Fürstbistum gehörende Ort stand aber unter dem Schutz der Stadt Basel. Als sich die Einwohner Allschwils 1567 mit der Bitte, die Juden aus ihrer Gemeinde zu vertreiben, an den städtischen Rat wandten, protestierte der Basler Rat beim Bischof gegen eine weitere Aufnahme von Juden. Der Fürstbischof beharrte jedoch auf seinem Recht, innerhalb seiner Territorien Juden Schirm zu gewähren, und pochte auf die Gültigkeit des ausgestellten Schutzbriefes. In einem Briefwechsel, der sich über fünf Schreiben hinzog, argumentierte der Fürstbischof, dass er innerhalb seiner landesfürstlichen Oberhoheit handeln würde, dass er sich auch nicht darum kümmere, was die Basler für gut befänden, und dass eine Obrigkeit der anderen nichts *einzureden* hätte.<sup>107</sup> Er weigerte sich nicht aus gewinnsüchtigen Motiven, die Juden zu vertreiben, sondern weil es ihm *spöttisch und verächtlich* erscheine, die Bestimmungen seines Schutzbriefes nicht einzuhalten.<sup>108</sup>

In den Schaffneyrechnungen einzelner Ämter im Archiv des ehemaligen Fürstbistums Basel sind detaillierte Informationen über die Anwesenheit von Juden in einzelnen Ortschaften enthalten.<sup>109</sup> Sie bezeugen, dass im Fürstbistum Basel unter Bischof Philipp von Gundelheim (im Amt von 1527–1553) zunächst größere jüdische Siedlungen entstanden. So wohnten 1542 in Schliengen sieben, in Steinenstadt siebzehn jüdische Familien.<sup>110</sup> 1692 erscheinen Allschwil mit 24 Familien und dessen Nachbardörfer Oberwil mit sechs sowie Schönenbuch mit zwei Familien als größte jüdische Siedlungen. In einer Notiz des Hegenheimer Verwaltungsbuchs zur Organisation des Friedhofswesens wird zu derselben Zeit der *sehr ehrenwerte Herr Rabbi Jehoschuah Seligmann, Sohn des Rabbi Abraham aus Allschweyler* genannt.<sup>111</sup> Anscheinend hat er für die Mitglieder seiner Gemeinde das Beerdigungsrecht auf dem rund zwei Kilometer entfernten Hegenheimer Fried-

<sup>104</sup> Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 18, 65–70; Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 120–151.

<sup>105</sup> Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 65; Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 140. Sidorko, Basel und der jiddische Buchdruck (wie Anm. 99), S. 273, 320, 322f., 342, 444.

<sup>106</sup> Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 141.

<sup>107</sup> Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 142.

<sup>108</sup> Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 142.

<sup>109</sup> Dazu und zur Überlieferungsgeschichte des Archivs siehe Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 120, 125f. Unter anderem ist dort dokumentiert, wie Mathis, der im Abschnitt 3.3 mehrmals erwähnt wurde, von Röschenz, im Fürstbistum Basel gelegen, ins lothurnische Metzleren umsiedelte.

<sup>110</sup> Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 138.

<sup>111</sup> Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 146.

hof erworben. Es scheint, als hätte sich gegen Ende des 17. Jahrhunderts um Allschwil eine funktionierende jüdische Gemeinde gebildet, die über zwei Generationen Rabbiner aufweisen konnte.

Die Duldung jüdischer Gemeinden im Fürstbistum war allerdings nicht unumstritten. Als 1693 Wilhelm Jakob Rink von Baldenstein zum neuen Fürstbischof gewählt wurde, setzte dieser eine Kommission ein, um Klagen zu prüfen, die gegen die ansässigen Juden vorgebracht wurden. Die von der Kommission gesammelten Beschwerden waren zahlreich und umfassten unterschiedliche Anschuldigungen.<sup>112</sup> Kritisch beäugt wurde das rasche Anwachsen der jüdischen Siedlungen: *Diese gefährlichen und gefluchten Menschen* hätten sich dergestalt vermehrt, dass sie die *Christen bald an der Zahl* überträfen. In Allschwil hätten sich dreiundzwanzig, in Oberwil drei oder vier, in Schönenbuch zwei jüdische Haushaltungen mit *zusammen 170 oder mehr Köpfen* gebildet, heißt es in den Akten der Kommission. Die Angaben korrespondieren in Bezug auf die Zahl der Haushalte ungefähr mit jenen aus dem Hegenheimer Verwaltungsbuch, wobei sie hier als Argument gegen eine Duldung der Jüdinnen und Juden angeführt wurden. Diese Haushaltungen würden sich in den *besten Häusern* der jeweiligen Dörfer befinden, heißt es weiter. Wobei der Vorwurf geäußert wurde, dass die Juden dem Bischof anscheinend keine Steuer zahlten und dem Obervogt auf Birseck nur einen *gewissen Tribut*. Sie hätten Wucher getrieben und würden immer noch Wucher treiben. Zudem wurde gerügt, dass Juden und Christen in Allschwil unter einem Dach wohnten und ihre Kinder gemeinsam erziehen würden. Christen dienten den Juden am Schabbat als Bedienstete, was dem diesbezüglichen Verbot in den *statutis synodalibus* des Bistums zuwiderliefe. Die gebotene Sonntagsruhe würde von ihnen bewusst missachtet, indem sie *mit ihren Rossen ganz trutzig* in die Dörfer ritzen, ohne Zölle zu entrichten.<sup>113</sup>

In Allschwil hatte die jüdische Gemeinde, den Beschwerden zufolge, eine eigene Synagoge errichtet. Darin würden *Hochzeiten zelebriert* und *Ceremonien zum höchsten Ärgernis der Christen* ausgeübt. Einem Juden aus Oberwil wurde vorgeworfen, im Haus des katholischen Sigristen (Mesner/Küster) *erschrockliche blesphemias wider Christum* geäußert zu haben.<sup>114</sup> Ganz allgemein wurde festgehalten, dass die Juden *jeden Tag Christum mit solch abscheulichen Maledictionen und Impecationen* verfluchen würden, dass einem die Haare zu Berge stünden. Festgehalten wurde auch, dass die Juden *wie die Hund* davonliefen, wenn das *hochheilige Sacrament* zu den Kranken getragen würde, und dass sie die *heilige Hostie* verfluchten.<sup>115</sup> Anders als in Solothurn wurde im Fürstbistum Basel nicht damit argumentiert, dass die Hostie durch die Präsenz der Juden entweiht würde, sondern dass die Juden, bösen Geistern und Teufeln ähnlich, durch die Präsenz der Hostie gebannt würden.

<sup>112</sup> Zusammengestellt bei Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 147.

<sup>113</sup> Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 148.

<sup>114</sup> Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 147.

<sup>115</sup> Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 148.

Zuhanden des Fürstbischofs fasste die Kommission zusammen, dass die *ganze Vocation* der Juden darauf ausgerichtet wäre, die Christen auf allerlei Weise zu betrügen, sie nach und nach arm zu machen und ihre Nöte auszunutzen. Zudem sei *in Allem* die Gefahr, dass die Christen auch *in Glaubenssachen heimlich verführt* würden.<sup>116</sup> Nach einem angeblichen Prozess gegen die Juden, von dem allerdings keine Protokolle überliefert sind, erließ der Bischof am 3. Juli 1694 ein Ausweisungsdekret gegen die im Fürstbistum Basel siedelnde jüdische Gemeinschaft. Dabei wiederholte der Fürstbischof die von der Untersuchungskommission vorgebrachten Anklagepunkte in gekürzter Form:

*Nachdem aber diesem [dem Inhalt der gemeinen Rechte und Reichssatzungen] zuwider dieselben [die Juden] sich freventlich vermessen allerhand verbotene, weucherliche Handlung zu grossen Schaden und Nachteil unserer Unterthanen zu treiben, an Sonn- und Festtagen Ihre arbeiten und Schachereyen mit öffentlicher Aergerus zu verrichten, auch andere tägliche Scandala und leichtfertige Verachtungen zu Beschimpfungen der christlichen, catholischen Religion mit Gefähr der befürchtenden Jugendverführung zu verüben dass wir endlich uff einkommen vielfältiger und erheblicher Clägten dahin nit unzeitlich vermöged worden [...] durch Abschaffung dies schädlichen unnützen Volks bezubringen.*<sup>117</sup>

Unter Einräumung einer Frist von drei Monaten wurde den jüdischen Gemeinden befohlen, das Fürstbistum zu verlassen. Wobei den jüdischen Händlern gleichzeitig mitgeteilt wurde, dass es ihnen nach wie vor erlaubt sei, mit den Untertanen des Fürstbischofs *ehrliche und zulässige Handlung* zu treiben und die *gewöhnlichen Jahrmärkte* zu besuchen.<sup>118</sup> Tatsächlich finden sich in den bischöflichen Akten auch für die späteren Jahrzehnte Hinweise auf Handelsbeziehungen auswärtiger Juden, Prozesse gegen solche wie auch Berichte über Taufen von Konvertiten. Zu eigentlichen jüdischen Niederlassungen scheint es nach 1694 im Gebiet des Fürstbistums aber nicht mehr gekommen zu sein.

### 3.5. Jüdische Ärzte in Schaffhausen, Luzern, Rheinau, Fribourg und St. Gallen

In Schaffhausen, Luzern, Fribourg und St. Gallen sind vereinzelt jüdische Ärzte geduldet worden. In dem seit 1529 reformierten Schaffhausen wohnte der Arzt David. Erstmals taucht er in den Akten 1535 auf; er scheint für einige Jahre außerhalb der Stadt gelebt zu haben, kehrte wieder zurück und erhielt 1542 vom Schaffhauser Rat eine Wohnung zugewiesen. 1545 und 1560 wurde er zweimal in Haft genommen, vor Gericht jedoch beide Male freigesprochen. David starb 1561. Ein Jahr nach seinem Tod wurde sein Sohn Samuel aus der Stadt verwiesen.<sup>119</sup> Über weitere Familienmitglieder schweigen sich die Quellen aus. Nach-

<sup>116</sup> Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 148.

<sup>117</sup> Zitiert nach Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 149.

<sup>118</sup> Zitiert nach Nordmann, Fürstbistum Basel (wie Anm. 12), S. 149.

<sup>119</sup> Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 70; Löwenstein, Juden am Bodensee und Umgebung (wie Anm. 5), S. 196, 207, 224 und 228; Im-Thurn/ Harder, Chronik der Stadt Schaffhausen (wie Anm. 8), S. 196, 207 und 228.

dem Samuel Schaffhausen verlassen musste, bewarb er sich im katholischen Luzern, wo er anscheinend schon von 1554 bis 1561 als Arzt praktiziert hatte, um eine Stelle als Stadtarzt. Für diese Position wurde er allerdings nicht zugelassen. Erfolgreich war Samuel hingegen zwei Jahre später, als er von Konvent und Vogt von Rheinau sowie dem eidgenössischen Landvogt im Thurgau die Erlaubnis erhielt, dort als Arzt zu praktizieren.<sup>120</sup> Damit siedelte er in knapp acht Kilometern Entfernung wiederum nahe bei Schaffhausen. Für die Stadt Luzern sind im 16. Jahrhundert, neben Samuel, drei jüdische Ärzte belegt. Weldler-Steinberg nennt einen Juden Abraham, anscheinend 1544 aus Uri zugezogen, den Arzt Samuel Tedesco, der 1565 in Luzern starb, und Zaccaria aus Cremona, der sich um Samuel Tedescos Nachfolge bewerben sollte.<sup>121</sup>

In der ebenfalls katholischen Stadt Fribourg oder auch Freiburg im Üechtland praktizierte ein jüdischer Arzt namens Marx, dessen Dienste offenbar sehr geschätzt wurden. Als Marx die Stadt 1577 von sich aus verließ, stellten ihm Schultheiß und Rat ein löbliches Zeugnis aus, in welchem attestiert wurde, dass er seine Kunst für *ein gute Zyt* ausgeübt und dabei *mancherley alte schäd geheillet* hätte.<sup>122</sup> Für die Zeit danach sind Juden in Freiburg nur noch als durchreisende Händler verzeichnet, die maximal drei Wochen in Stadt und Land Freiburg residieren sollten.<sup>123</sup>

Ein Doktor Antoni Löw ist im Jahr 1527 in St. Gallen nachweisbar. Allerdings ist nicht sicher, ob Löw über längere Zeit in der Stadt residierte. Die Quelle, die ihn bezeugt, ist die Anordnung seiner Vertreibung.<sup>124</sup> Einen erneuten Hinweis auf einen in der Stadt St. Gallen praktizierenden Arzt gibt der Antrag des Juden Salomon, der 1569 beim Stadtmagistrat vorstellig wurde und darum bat, in der Stadt praktizieren zu dürfen, wie dies schon sein Vater getan hätte. Er versprach der Stadt, die Armen kostenlos zu behandeln und nur die Reichen um Bezahlung zu bitten. Salomons Antrag wurde dennoch abgewiesen.<sup>125</sup> Ob Antoni Löw sein Vater war, bleibt unklar. 1572 bewarb sich ein Jude Samuel als Arzt, ebenfalls ohne Erfolg. Dieser war vielleicht ein Sohn des David, der als jüdischer Arzt erst in Schaffhausen, dann in Luzern und später in Rheinau tätig gewesen war. Belegt werden kann das allerdings nicht. Nach der Wegweisung von Löw sind in St. Gallen keine residierenden Juden mehr bekannt, weder in der Stadt, die sich ab 1527

<sup>120</sup> Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 59.

<sup>121</sup> Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 59; Theodor von Liebenau, Das alte Luzern. Topographisch-kulturgeschichtlich geschildert, Luzern 1881, S. 256f.; Ulrich, Sammlung jüdischer Geschichten (wie Anm. 3), S. 178f.

<sup>122</sup> Archives de l'Etat de Fribourg (in der Folge AEF), Ratsmanual 208, S. 69; AEF, Les registres des notaires RN 194, S. 114. Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 54.

<sup>123</sup> Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 55.

<sup>124</sup> Wegelin, Juden in St. Gallen (wie Anm. 9), S. 134f.

<sup>125</sup> Wegelin, Juden in St. Gallen (wie Anm. 9), S. 135; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 72.

zum Lager der Reformierten bekannte, noch in den Gebieten der katholisch verbliebenen Fürstabtei St. Gallen.<sup>126</sup>

### 3.6. Jüdische Siedlungen im Rheintal und im Thurgau

Im angrenzenden Rheintal hingegen wurden jüdische Siedlungen geduldet. Das Rheintal war bis 1489 appenzellisches Untertanengebiet. Im sogenannten Rorschacher Klosterbruch griffen die Appenzeller im Juli 1489 zusammen mit den Rheintalern und der Stadt St. Gallen das sich im Bau befindende, durch die Fürstabtei St. Gallen errichtete Kloster Mariastein oberhalb von Rorschach an. Die vier eidgenössischen Schirmorte der Fürstabtei St. Gallen (Zürich, Luzern, Schwyz und Glarus) entsandten Truppen, besiegten die Angreifer kampfflos und zwangen die Appenzeller, das Rheintaler Untertanengebiet an sie abzutreten. Das Rheintal wurde zu einer gemeinen Herrschaft, an deren Verwaltung ab 1491 auch Uri, Unterwalden und Zug, ab 1500 wiederum Appenzell und ab 1712 auch Bern beteiligt waren. 1528 beschloss die Mehrheit der Gemeinden die Einführung der Reformation. Nach dem Zweiten Kappelerkrieg 1531 förderten die Gewinner des Konfessionskriegs eine Rekatholisierung des Rheintals, die allerdings begrenzt blieb. Die Vogtei Rheintal wurde im 16. Jahrhundert zu einem gemischtkonfessionellen Gebiet mit einem Nebeneinander von reformierten, katholischen und paritätischen Gemeinden.<sup>127</sup> Für die beiden nördlichen Rheintaler Gemeinden Rheineck und Thal sind auch jüdische Bewohner nachzuweisen.<sup>128</sup> Im Zusammenhang mit einer Rüge der herrschenden Orte an die Rheintaler Gemeinde Thal ist 1558 von einem Juden die Rede, der schon mehrere Jahre in Thal wohnte.<sup>129</sup> 1605 sind Juden in Rheineck bezeugt, die beim Stift St. Gallen um Passierrechte durch die sanktgallische Landschaft baten, was ihnen allerdings verweigert wurde.<sup>130</sup>

Um wieviele jüdische Bewohner es sich dabei handelte, lässt sich nur schwer eruieren. Für 1608 halten die Eidgenössischen Abschiede fest, dass die fünf katholischen Orte den Landvogt beauftragt hätten, die Juden aus der Vogtei zu vertreiben.<sup>131</sup> Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg schlossen aufgrund dieses Antrags, dass jüdische Einwanderer gegen Ende des 16. Jahrhunderts „in wachsender Zahl“ in das Rheintal gekommen sein müssten.<sup>132</sup> Das mag sein, kann aus der Instruktion der katholischen Orte allerdings nicht abgeleitet werden, denn diese macht keine Aussage zu der Anzahl der Personen im Rheintal. Glaubt man den Schilderungen Johann Caspar Ulrichs, so ist für Rheineck von einer beträcht-

<sup>126</sup> Wegelin, Juden in St. Gallen (wie Anm. 9), S. 126 und 134–137.

<sup>127</sup> Lorenz Hollenstein, Rheintal, in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. 10, Basel 2010, S. 286f.

<sup>128</sup> Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 18f., 32, 73–75.

<sup>129</sup> Stiftsarchiv St. Gallen, Bd. 1729, S. 573f.

<sup>130</sup> Stiftsarchiv St. Gallen, Bd. 851, fol. 22r.

<sup>131</sup> EA, 5.1, II, S. 1409, Art. 52.

<sup>132</sup> Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 18.

lichen jüdischen Siedlung auszugehen. In seiner Sammlung jüdischer Geschichten zitierte Ulrich eine Passage, die er als Textstelle in den Eidgenössischen Abschieden aus dem Jahre 1633 verortete. Darin wird davor gewarnt, dass die Juden *ihren Unglauben mit Unterrichtung der Jugend* verbreiten würden, ihre jüdischen Zeremonien in aller Öffentlichkeit feierten und eine Synagoge errichtet hätten.<sup>133</sup>

Die Authentizität dieses Berichts ist nicht gesichert. Soweit ersichtlich, fehlt eine derartige Beschreibung in den Eidgenössischen Abschieden. Sie bestätigen für das Jahr 1633 jedoch die Existenz einer größeren jüdischen Siedlung in Rheineck: *Da Rheineck durch eine große Anzahl Juden belästigt ist, sollen die Orte auf die Jahrrechnung zu Baden ihre Gesandten instruieren, wie demselben diese Last abgenommen werden könnte.*<sup>134</sup> Der von Ulrich zitierte Bericht mag als Beilage zu den Abschieden existiert haben. Im Zürcher Staatsarchiv ist eine Instruktion überliefert, die aufzeigt, wie der Stand Zürich auf obige Anfrage reagierte: Der Zürcher Rat regte 1633 an, die Juden aus Rheineck zu vertreiben, mit dem Verweis darauf, dass sich die jüdische Siedlung in Rheineck durch Juden vermehren würde, die aus dem rechtsrheinischen Stühlingen vertrieben worden seien.<sup>135</sup>

Vertraut man Ulrichs Darstellung und Datierung, dann blieb das Ansinnen wie schon jenes der katholischen Orte von 1608 ohne unmittelbare Folgen: Für 1641 nennt Ulrich einen Juden Salomon Spyr aus Rheineck, dem sicheres Geleit nach Baden zugesichert wurde.<sup>136</sup> Für 1643 zitiert Ulrich zudem aus einem Bericht, den ein Dekan Frieß zuhanden des Zürcher Antistitiums (oberste Kirchenbehörde) verfasst haben soll. Darin wurde darüber geklagt, dass der Landvogt im Rheintal zu wenig unternehme, um die religiösen Riten der Juden einzudämmen, vor allem aber, dass die Juden im Unterschied zu den Reformierten nicht gestraft würden, wenn sie gegen katholische Bräuche verstießen.<sup>137</sup>

<sup>133</sup> A. 1633. *ward von den samtllichen des Rynthals Regierenden Orten angebracht, laut selbigen Abscheids vom May, wie dass in ihrer Stadt oder Hauptflecken Rynegg, die Jüdische Synagog, ihren Unglauben mit Unterrichtung der Jugend, singend, läsen und bäten, Beschneidung ihrer Knäblinen, und Ansegunng der Ehe mit allen ihnen beliebenden Ceremonien, so Tags als Nachts, ohne Hinderung und Abwerung ubend. So gar auch, daß sy ohnlängist unter dem Landvogt der Catholisch genannten Religion von Glarus, in Ihr, der Regierenden Orten, Huß und Hoff, eine Ehe einzusegnen völlige Erlaubnuß erlangt, so daß sie dahin, mit einem Tuch oder Himmel an vier Stangen getragen, gezogen; darunter nach Jüdischer Phantasien, mit verhülletem Haupt, gelesen und gesungen, die Ansegunng verrichtet, alles was ihrem Vermeinen nach darzu gehört, auch die allerspöttlichsten Ceremonien gebraucht.* Ulrich, Sammlung jüdischer Geschichten (wie Anm. 3), S. 260.

<sup>134</sup> EA, 5.2, II, S. 1640, Art. 153.

<sup>135</sup> StAZ, B VIII 15. S. 26; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 26.

<sup>136</sup> Ulrich, Sammlung jüdischer Geschichten (wie Anm. 3), S. 252.

<sup>137</sup> A. 1643. *im Juli berichtet Hr. Decan Frieß ins Antistitium, daß er aus Nachfrag und eigener Erfahrung gründlich vernommen und gesehen, daß den Juden in Übung und Haltung der Synagogen, Verrichtung der Beschneidung, nicht nur keine Ungelegenheit nicht gemacht, sondern auch von den Landvögten nicht gestatten worden wäre, ihnen einige Ungelegenheit zu machen. Daß sich die Juden wol dörrffen auf des Landvogtes Schutz und Schirm referiren und pochen. An die Gebräuche Catholisch genannter Religion, als Huth abziehen, Fleisch essen, Feyertag halten, und was dergleichen, sind die Juden vil minder gebunden als die von der evangelischen Religion; ja man wird nicht bald Bey-*



Auf eine Siedlungskontinuität im Rheintal bis in die 1640er Jahre weisen auch die Eidgenössischen Abschiede hin. Für 1647 halten sie einen Konflikt zwischen den eidgenössischen Orten und dem St. Galler Fürstabt fest. Der Landvogt im Rheintal berichtete an die Tagsatzung, dass die Amtleute des Fürstabts das Recht für sich in Anspruch genommen hätten, den Juden im oberen Rheintal Geleitbriefe auszustellen oder zu verweigern. Die eidgenössischen Orte reklamierten dieses Recht allerdings für sich und beschieden dem Fürstabt, die Erteilung des Geleits stehe allein den Obrigkeiten oder deren Landvogt zu. Zugleich erklärten die eidgenössischen Orte, *dass die Juden im Rheintal, wo sie vorher nicht hätten wohnen dürfen, nicht wieder eingeführt werden sollten*.<sup>138</sup> Daraus lässt sich schließen, dass Juden auch 1647 noch im Rheintal wohnten.

Im Thurgau, der seit 1460 als gemeine Herrschaft der Orte Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus und ab 1712 Bern verwaltet wurde, sind für die Frühe Neuzeit ebenfalls Hinweise auf jüdische Siedlungen vorhanden. In den Eidgenössischen Abschieden wird 1638 und 1639 auf einen Juden Salomon in Emmishofen verwiesen, der Güter im Thurgau und im Rheintal besaß. 1638 wurde gegen Salomon geklagt, er habe *eine ziemliche Zahl falscher Urner-Dublonen* prägen lassen. Salomon wurde deshalb in Arrest gelegt und an die Tagsatzung nach Baden überstellt. Die Causa Salomon wurde zum Anlass genommen zu erwägen, *wie die übrigen Juden aus dem Land geschafft werden könnten*.<sup>139</sup>

Die Abschiede geben keine Auskunft darüber, wie über Salomon geurteilt wurde. Sie halten jedoch fest, dass die Gemeinde Emmishofen ein Jahr später (1639) etliche Klagen gegen Salomon vorbrachte und darum bat, ihn aus dem Thurgau zu verweisen. Daraufhin wurde der Landvogt beauftragt, die Vorwürfe zu untersuchen. Ohne die Untersuchung abzuwarten, wurde er angewiesen, *den Juden zum mindesten zu verweisen*.<sup>140</sup> Ähnlich wie schon ein Jahr zuvor, nahm die Tagsatzung den Vorfall zum Anlass, um anhand eines Delinquenten über eine generelle Ausweisung der Juden und anderer Andersgläubiger zu debattieren: *Bei diesem Anlaß wird in den Abschied genommen, ob nicht die Juden, Heiden und Wiedertäufer allenthalben aus den gemeinen Herrschaften verwiesen werden sollten*.<sup>141</sup>

Im Thurgau siedelten Jüdinnen und Juden noch Jahrzehnte später. Bei Ulrich findet sich für das Jahr 1643 der Hinweis auf 24 jüdische Haushaltungen in der

---

*spiele finden, daß jemals einiger Jud wegen Nichthaltung dieser Dinge seye gestraft worden.* Ulrich, Sammlung jüdischer Geschichten (wie Anm. 3), S. 252.

<sup>138</sup> EA, 5.2, II, S. 1640, Art. 154.

<sup>139</sup> EA, 5.2, II, S. 1598, Art. 492.

<sup>140</sup> EA, 5.2, II, S. 1598, Art. 493.

<sup>141</sup> EA, 5.2, II, S. 1598, Art. 493. Die gemeinsame Ausweisung von Juden und Wiedertäufern ist auch in den Landesordnungen Baden-Durlachs zu finden. Vgl. hierzu u.a. Michaela Schmölz-Häberlein, Täufer, Juden und ländliche Gemeinden im badischen Oberamt Hochberg im 18. Jahrhundert, in: André Holenstein/Sabine Ullmann (Hrsg.), Nachbarn, Gemeindegossen und die anderen. Minderheiten und Sondergruppen im Südwesten des Reiches während der Frühen Neuzeit (Oberschwaben – Geschichte und Kultur, Bd. 12), Tübingen 2004, S. 275–299, hier S. 280f.

gemischtkonfessionellen Gemeinde Mammern. Als Beleg dafür zitierte er aus einem Bericht, den ein Pfarrer Hottinger, anscheinend der reformierte Pfarrer vor Ort, 1643 an das Zürcher Antistitium sandte, analog zum oben zitierten Rheinecker Bericht von Dekan Frieß aus demselben Jahr.<sup>142</sup> Die Zahl scheint beträchtlich. Archivalien, welche die Zahl verifizieren könnten, liegen nicht oder nicht mehr vor, was aber nicht heißen muss, dass sie aus der Luft gegriffen war.<sup>143</sup>

1651 wurde gegen den Juden Elieser zu Emmishofen prozessiert, wie die Eidgenössischen Abschiede festhalten. Wie schon 1638 und 1639 wurde an der Tagssatzung erneut über die Frage diskutiert, *ob man die Juden ferner dulden wolle oder wie man ihrer los werden möge*.<sup>144</sup>

1681 scheinen die eidgenössischen Orte gewillt gewesen zu sein, neue jüdische Niederlassungen im Thurgau zumindest temporär zu erlauben. So erlangte ein Jacob Trifues aus Gailingen für sich, seine Söhne, Schwiegersöhne und andere Interessierte von den sieben den Thurgau regierenden Orten einen Passierschein und die Erlaubnis, dort zu siedeln, falls in den rechtsrheinischen Gebieten Krieg drohen sollte.<sup>145</sup> Ob die Juden um Trifues jemals in den Thurgau übersiedelten, bleibt unklar. Ohne eine Bezugnahme zu Trifues, ohne Kontextinformation und ohne Angabe, um wie viele Jüdinnen und Juden es sich dabei handelte, halten die Zürcher Ratsmanuale für September 1684 fest, dass die Juden im Thurgau in Sicherheit wohnten.<sup>146</sup>

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts finden sich keine Belege mehr für eine jüdische Siedlungstätigkeit in der gemeinen Herrschaft Rheintal und dem Thurgau. In der Grafschaft Baden nahm die Zahl der Jüdinnen und Juden ab dem 17. Jahrhundert hingegen stetig zu.<sup>147</sup>

<sup>142</sup> Ulrich, Sammlung jüdischer Geschichten (wie Anm. 3), S. 252–256.

<sup>143</sup> Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg scheinen Ulrich als Quelle in diesem Fall zu vertrauen. Sie übernahmen die Angaben, ohne sie zu verifizieren, und hielten als Faktum fest: „In Mammern hausen Juden noch im Jahre 1643, 24 Haushaltungen stark.“ Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 19.

<sup>144</sup> EA, 6.1, S. 90, Art. 59f.

<sup>145</sup> StAZH, B II 606, S. 70.

<sup>146</sup> StAZH, B II 606, S. 51f. Spezifisch zu der bei Ulrich erwähnten Ortschaft Mammern berichtete der Thurgauer Landvogt im Oktober 1684 an den Zürcher Rat, dass sich der Jude Joachim Polag in *Mammerischen Gerichten* aufhalte. Wobei er anfügte, dass es sich dabei um den einzigen Juden in Mammerischen Gerichten handle. StAZH, A 323.12.

<sup>147</sup> Ob es sich dabei um eine von den Obrigkeiten gelenkte Konzentration der jüdischen Siedlungen im Gebiet der Grafschaft Baden handelte, wie Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg vermuteten, ob diese empirisch offensichtlich gegebene Konzentration aus eigenem Antrieb erfolgte oder ob beide Faktoren (Lenkung wie Eigenantrieb) zum Tragen kamen, ist aufgrund der Quellenlage schwierig zu beurteilen. Wenn Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg mit Verweis auf die Eidgenössischen Abschiede festhalten, dass die „durchgehende Reformation über die gemeynen teutschen Vogteyen“ 1653 das „Verbot jüdischer Niederlassung für alle Vogteien [aussprach], mit Ausnahme der Grafschaft Baden [...]“, so zitieren sie allerdings ungenau. Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 19. In der Stelle, auf welche die beiden verweisen, heißt es: *Wo in den Vogteien noch keine Juden sind, soll künftig denselben auch nicht gestattet werden, sich nieder-*

#### 4. Jüdische Siedlungen in der Grafschaft Baden

Die beiden frühesten bekannten Schriftquellen, die eine jüdische Siedlungstätigkeit in der Grafschaft Baden bezeugen, datieren auf das Jahr 1612. Im ersten Fall handelte es sich um ein in den Eidgenössischen Abschieden überliefertes Postulat an die fünf katholischen Orte, ihren Gesandten in Baden Instruktionen zu senden, wie mit der Vertreibung der in Klingnau ansässigen Juden zu verfahren sei.<sup>148</sup> Über den Bescheid der katholischen Orte erfahren wir nichts, ebenso wenig darüber, wie die reformierten Orte über die Angelegenheit dachten. In demselben Jahr wurde in Graubünden ein Prozess gegen Juden aus Buchau am Federsee geführt. Den angeklagten Juden wurde vorgeworfen, einem Bündner Bürger Geld zu schulden. Da sich die Buchauer Juden weigerten zu bezahlen, forderte Graubünden, dass die Juden der Grafschaft Baden mit ihrem Vermögen für die schwäbischen Juden haften sollten, und ließen einen Arrest auf sie legen. Die Badener Juden klagten gegen das Vorgehen Graubündens. In einer Interpellation an die eidgenössische Tagsatzung legten sie dar, dass es nicht rechtens sei, sie für die Schuld *fremder* Juden haftbar zu machen. Die Tagsatzung unterstützte die Argumentation der Badener Juden. Die Auflösung des Arrests wurde vorerst jedoch verschoben, da den Bündnern noch einmal Gehör verschafft werden sollte.<sup>149</sup> Zwei Jahre später erklärte die Tagsatzung, dass sie dem Begehren der Badener Juden entspreche und eine Solidarhaftung nicht zulässig sei. Von den Bündnern verlangte sie, den auf die Badener Juden verhängten Arrest aufzuheben.<sup>150</sup>

Die beiden Fälle zeigen, wie schmal der Grat der obrigkeitlichen Gunst war, dem die Jüdinnen und Juden ausgesetzt waren. 1612 wurde an der Tagsatzung noch darüber diskutiert, ob die Juden aus Klingnau vertrieben werden sollten. 1615 schützten die eidgenössischen Orte die Badener Juden in einer rechtlichen Streitfrage gegenüber einem ihrer politischen Koalitionspartner. Ob die erwähnten „Badener Juden“ mit den „Klingnauer Juden“ identisch waren oder ob die „Klingnauer Juden“ eine Untergruppe der „Badener Juden“ bildete, ist anhand des vorhandenen Quellenmaterials nicht zu eruieren. Ebenso wenig lässt sich erschließen, wie die beiden konträren Intentionen von Vertreibung und Rechtsschutz im Einzelnen miteinander in Einklang gebracht wurden. Allerdings lässt

---

*zulassen; wo schon Juden sind, sollen doch keine neuen Juden aufgenommen, vielmehr soll darauf gesehen werden, daß die vorhandenen nach Deutschland zurückkehren.* EA, 6.1, II, S. 1142, Art. 112. Von einer Ausnahmeregelung, welche für die Grafschaft Baden gelten sollte, ist an dieser Stelle nicht die Rede.

<sup>148</sup> *Über die Abschaffung der Juden zu Klingnau sollen die V katholischen Orte ihren Gesandten nach Baden Instruktionen mitgeben.* EA, 5.1, II, S. 1456, Art. 81. Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg machten aus der Anfrage eine Instruktion der katholischen Orte an ihre Gesandten: „1612 instruierten sie [die fünf katholischen Orte] ihre Gesandten in Baden, die Entfernung der Juden in Klingnau zu veranlassen.“ Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 18.

<sup>149</sup> EA, 5.1, II, S. 1456f., Art. 82.

<sup>150</sup> Staatsarchiv Aargau (in der Folge StAAG), Nr. 2785 Judenakten, Fasc. 1, Nr. 1.

sich darlegen, dass die Klingnauer Juden 1612 wohl nicht aus der Stadt vertrieben wurden. 1620 wurde gegen den dort ansässigen Juden Tschay Klage wegen Wuchers erhoben; für 1631 wird ein in Klingnau wohnhafter Jude Morkhel vermerkt.<sup>151</sup>

Für Lengnau, rund 13 Kilometer südöstlich von Klingnau gelegen, kann mit Isaac aus Lengnau 1622 aufgrund einer Leibzollzahlung im elsässischen Bergheim ein jüdischer Bewohner nachgewiesen werden.<sup>152</sup> Der oben behandelte, in Zürich 1633 hingerichtete Samuel Eiron wurde ebenfalls als Bewohner Lengnaus beschrieben. 1678 werden die Juden von Endingen erstmals aktenkundig, als sie sich zusammen mit den Lengnauer Juden beim Badener Landvogt beschwerten, dass sie von den christlichen Bewohnern von Döttingen und Klingnau auf Geschäftsreisen drangsaliiert würden. Die Obrigkeit nahm sich der Klagen der Endinger und Lengnauer Juden an, erklärte ihren Schutz und drohte mit einer Strafe für jegliche Art von Ausschreitung gegen die in der Grafschaft Baden wohnhaften Juden bei einem Bußgeld in Höhe von 100 Gulden.<sup>153</sup>

Anders als die anderen jüdischen Siedlungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft prosperierten die Gemeinden von Endingen und Lengnau über das 17. Jahrhundert hinaus. Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg dokumentierten in Bezug auf das Wachstum der jüdischen Siedlungen in der Grafschaft Baden und spezifisch in den beiden Dörfern Endingen und Lengnau die folgende Entwicklung: 1634 wurden für die gesamte Grafschaft Baden 20 jüdische Haushalte angegeben. 1702 zählten Endingen und Lengnau alleine 35 jüdische Haushalte. 1761 lebten in den beiden Dörfern 94 jüdische Familien mit insgesamt 365 Personen. 1774 waren es 108 Familien mit 553 Personen. 1809 ergab eine Zählung insgesamt 240 Haushaltungen mit 1.034 Personen, davon 129 Haushalte mit 583 Personen in Endingen und 111 Haushalte mit 451 Personen in Lengnau.<sup>154</sup>

Im 17. Jahrhundert verpachtete die Stadt Waldshut den Jüdinnen und Juden der Grafschaft Baden eine Insel, das sogenannte Judenäule, als Begräbnisplatz. Auf einem Pachtvertrag aus dem Jahr 1689 signierten Mahram Guggenheim aus Lengnau und Simon Moos aus Klingnau stellvertretend für die jüdischen Familien in der Grafschaft Baden.<sup>155</sup> 1750 erhielten die jüdischen Gemeinden von der eidgenössischen Tagsatzung die Erlaubnis, zwischen Endingen und Lengnau einen neuen Friedhof anzulegen, der bis heute benutzt wird. 1750 wurde in Leng-

<sup>151</sup> StAZH, A 319, Klingnau; Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 21 und 227.

<sup>152</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 22.

<sup>153</sup> StAAG, Nr. 2785 Judenakten, Fasz. 2, Nr. 5.

<sup>154</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 130f.

<sup>155</sup> Zum Friedhof auf dem Judenäule siehe Florence Guggenheim, *Der Friedhof auf der Judeninsel, im Rhein bei Koblenz* (Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Nr. 5), Zürich 1956, S. 26.

nau eine repräsentative Synagoge errichtet, 1764 eine in Endingen.<sup>156</sup> Anders als für die anderen jüdischen Siedlungen und Niederlassungen ist die Quellenlage in Bezug auf Endingen und Lengnau aufgrund des obrigkeitlichen Verwaltungsschriftguts verhältnismäßig dicht und liefert auch Informationen über die innere Organisation der beiden Gemeinden. Die Aufzeichnungen im ältesten Protokollbuch, das von jüdischer Seite überliefert ist, beginnen erst im Jahr 1804. Es handelt sich dabei um ein *Pinkas* der jüdischen Gemeinde Endingen.<sup>157</sup>

Die beiden Gemeinden wurden wohl durch eine Gemeindeversammlung organisiert, an welcher jeweils die Gemeindevorsteher, die *Parnassim*, deren Beisitzer, die *Towim*, und der weitere Gemeindevorstand gewählt wurden. Einer der *Towim* wurde zudem zum Kassier der Gemeinde, dem *Kozin*, ernannt. Für Arme und Kranke unterhielten die jüdischen Gemeinden eine eigene Fürsorgeeinrichtung, den *Hekdesch*. Die Unterbringung und Versorgung auswärtiger Jüdinnen und Juden, die armengenössig waren, wurde durch die Vergabe von Pletten an die Gemeindemitglieder organisiert. Detaillierte Bestimmungen regelten, wer wieviele Pletten zu übernehmen hatte.<sup>158</sup> In Fragen des Ehe- und Erbrechts, aber auch in vermögensrechtlichen Konflikten verfügten die jüdischen Gemeinden in der Grafschaft Baden über eine autonome Gerichtsbarkeit. Richter waren die Rabbiner. Wurde deren Richtspruch nicht akzeptiert, konnten die Parteien an das Landvogteigericht appellieren. Für Konfliktfälle zwischen Juden und Christen war ausschließlich das Landvogteigericht zuständig. Die letzte Rechtsgewalt über die in der Grafschaft Baden niedergelassenen Juden lag beim Landvogt. Anders als die christlichen Untertanen unterstanden die Juden in Fragen der niederen Gerichtsbarkeit nicht dem Richtspruch der lokalen Untervögte. Ab dem 18. Jahrhundert können diverse Gemeindevorsteher und Rabbiner namentlich durch Schriftstücke festgemacht werden, die im zunehmenden Austausch mit den Behörden entstanden, durch eigene Aktenbildung und -überlieferung ab dem 19. Jahrhundert und nicht zuletzt dank der Grabsteininschriften des jüdischen Friedhofs in Lengnau.<sup>159</sup>

Das Anwachsen der beiden jüdischen Gemeinden in Endingen und Lengnau hängt wohl mit unterschiedlichen Faktoren zusammen. Ökonomisch attraktiv war die Nähe zum Marktflecken Zurzach und zum Rhein. Zu den jüdischen Häusern in Endingen lag der Zurzacher Markt in einer Distanz von sieben Kilo-

<sup>156</sup> Als Überblicksdarstellung dazu: Edith Hunziker/Ralph Weingarten, *Die Synagogen von Lengnau und Endingen und der jüdische Friedhof* (Schweizerische Kunstführer), Bern 2005.

<sup>157</sup> Florence Guggenheim, *Aus einem alten Endinger Gemeindebuch* (Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Nr. 2), Zürich 1952.

<sup>158</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 136f.

<sup>159</sup> Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 132–134. Zu den Parnassim, Rabbinern, Vorbetern und Gelehrten der Surbtaler Gemeinden im 18. Jahrhundert hat Florence Guggenheim mehrere Artikel verfasst, die zwischen Februar und April 1965 im Israelitischen Wochenblatt erschienen sind. Die Literaturangaben dazu finden sich bei: Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), 261.

metern, zu denen in Lengnau von zehn Kilometern. An den Rhein gelangten die jüdischen Händler in Zurzach oder in Rekingen, das über einen Hügelzug von Endingen her sieben und von Lengnau her siebeneinhalb Kilometer entfernt ist. Attraktiv waren die beiden Surbtaler Dörfer zudem aufgrund der religiösen Infrastruktur und der Organisationsstruktur der beiden Gemeinden. Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts, als beide Siedlungen über eine eigene Synagoge verfügten und ein gemeinsamer Friedhof errichtet wurde, wuchsen die Bevölkerungszahlen der jüdischen Gemeinden entsprechend an.

Die Herrschaft sicherte ihnen den Schutz zu. Ulrich zitiert in seiner *Sammlung jüdischer Geschichten* ein Schreiben des Landvogts Johann Peter, das auf den 23. Juli 1658 datiert ist, in welchem den Juden der Grafschaft Baden Schutz und Schirm garantiert werde.<sup>160</sup> Ein Schirmbrief, ausgestellt am 28. Juli 1678, erneuerte diesen Beschluss.<sup>161</sup> Von 1696 bis zum Ende des Ancien Régime wurden eigentliche Schutz- und Schirmbriefe in regelmäßigen Abständen von 16 Jahren erlassen und erneuert; sie sind durch Einträge in den Eidgenössischen Abschieden dokumentiert. Die herrschenden acht Orte stellten jeweils für zwei Jahre einen Landvogt. 16 Jahre entsprachen dem sogenannten *Umgang*, in welchem jeder Ort einmal den Landvogt stellte. Ab 1712 wurde die Grafschaft Baden nur noch von den drei reformierten Orten Zürich, Bern und Glarus, den Siegern des Zweiten Villmergerkrieges, verwaltet. An der Dauer eines Umgangs und entsprechend an der Gültigkeitsdauer der Schutz- und Schirmbriefe von 16 Jahren wurde jedoch festgehalten. Anders als in anderen eidgenössischen Gebieten wurden die Schutz- und Schirmbriefe in Baden nicht an Einzelpersonen, sondern an die Juden der Grafschaft Baden im Kollektiv ausgestellt. Während die Schutzbriefe von 1712, 1728, 1744 und 1760 dieselben Bestimmungen wiedergaben, wurde mit demjenigen von 1776 ein Siedlungsraysen eingeführt: Die Siedlungserlaubnis wurde darin nun auf die beiden Gemeinden Lengnau und Endingen eingeschränkt.<sup>162</sup>

Retrospektiv kann für die Grafschaft Baden eine anhaltende jüdische Siedlungskontinuität festgehalten werden. Das Gewähren von Schutz und Schirm war allerdings nicht unumstritten. An der eidgenössischen Tagsatzung wurde wiederholt über die Vertreibung debattiert. Auch Beschlüsse zur Ausweisung aus der Grafschaft Baden sind mehrmals dokumentiert. Wie bereits anhand anderer Ter-

<sup>160</sup> Ulrich, *Sammlung jüdischer Geschichten* (wie Anm. 3), 273. Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg verwiesen auf dieselbe Textstelle bei Ulrich, um zu schreiben: „Laut dem Syndikatsbeschluss vom 8. Juli 1657 und dem Rezeß von 1678 waren die Juden ‚niemand als der hohen Obrigkeit unterworfen‘“. Weldler-Steinberg, *Geschichte der Juden in der Schweiz* (wie Anm. 15), 261. Von einem Syndikatsbeschluss, der auf den 8. Juli 1657 datiert, ist bei Ulrich an zitierter Stelle allerdings nicht die Rede. Auch in den Eidgenössischen Abschieden ist kein solcher Beschluss dokumentiert.

<sup>161</sup> Ulrich, *Sammlung jüdischer Geschichten* (wie Anm. 3), S. 274.

<sup>162</sup> EA, 7.2, II, S. 871–873, Art. 496. Die Verhandlungen darüber sind festgehalten in: EA, 7.2, II, S. 870f., Art. 493–495. Siehe dazu auch Florence Guggenheim-Grünberg, *Der Schutz- und Schirmbrief für die Judenschaft zu Endingen und Lengnau vom Jahre 1776* (Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Nr. 2), Zürich 1952.

ritorien festgestellt, wurden diese Beschlüsse allerdings nicht zwingend umgesetzt.

Für 1622 halten die Eidgenössischen Abschiede fest, dass es von der Tagsatzung als ratsam erachtet wurde, die in der Grafschaft Baden und anderswo in der Eidgenossenschaft wohnenden Juden aus dem Land zu verweisen. Hintergrund dafür war der Vorwurf von Wechselgeschäften.<sup>163</sup> Offensichtlich sind die Räte der herrschenden Orte darauf nicht eingegangen. 1634 beantragte Zürich in Folge des Tribunals gegen Samuel Eiron, dass die Juden *als eines gottlosen nichtwertigen Gesinds* aus der Grafschaft Baden zu vertreiben seien.<sup>164</sup> Die Badener Juden wehrten sich dagegen. Sie appellierten an den Zürcher Rat, er möge sie nicht für die Taten *eines hingerichteten Bösswichts* bestrafen, und begehrten, dass Zürich die Juden weder aus den eidgenössischen noch aus den zürcherischen Territorien verbannen möge. Zürich lehnte das Begehren ab.<sup>165</sup> Ein Entschluss der Tagsatzung, ob der Antrag Zürichs in den eidgenössischen Territorien umgesetzt werden solle, ist in den Eidgenössischen Abschieden nicht erhalten. Im Juli 1635 intervenierte Zürich beim Landvogt aber mit dem Verweis auf ein an der Tagsatzung ergangenes Vertreibungsurteil.<sup>166</sup> Dabei wollte der Zürcher Rat vom Landvogt wissen, weshalb sie nicht vertrieben, sondern im Gegenteil 20 neue jüdische Haushalte zugelassen worden seien und – eine Korruption des Landvogts insinuiierend – weshalb er von den Juden zwölf anstelle von sechs Reichstalern Schutzgeld in Empfang genommen habe. Der eidgenössische Landvogt Alphons Sonnenberg von Luzern verwies auf zwei Urteile im Badener Urbar, die festlegten, dass es in der Kompetenz des Landvogts liege, Juden in der Grafschaft Baden das Geleit zu erteilen. Zudem habe er Maßnahmen gegen Wucher und Getreidespekulation ergriffen, was genüge.<sup>167</sup> Offenbar folgten die herrschenden Orte dieser Argumentation des Landvogts. Das Recht, Schutz- und Schirmbriefe zu erteilen, verblieb vorerst beim Landvogt. Dabei beließen es die herrschenden Orte auch sechs Jahre später, als sich die Räte der Stadt Baden an die Delegierten der herrschenden Orte wandten und darum baten, die Juden, deren Zahl stark angewachsen sei, aus der Grafschaft zu verweisen. Die Eidgenössischen Abschiede halten dazu fest, dass etliche Gesandte den Befehl hätten,

<sup>163</sup> *Weil der verbotene, eigennützige und ganz schädliche Aufwechsel meist von den ‚hebräischen Juden‘ listig und heimlich betrieben wird, und sie sonst den armen Unterthanen das Blut unter den Nägeln hervorsaugen, so wird für ratsam erachtet, daß die in der Graffschaft Baden und anderwo in der Eidgenossenschaft wohnenden Juden aus dem Land gewiesen werden.* EA, 5.2, II, S. 1687, Art. 145.

<sup>164</sup> StAZH, A 92.2, Supplikationen, 01.06.1634; B II 406, S. 39; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 26. In den Eidgenössischen Abschieden ist das Begehren oder die Diskussion darüber nicht verzeichnet.

<sup>165</sup> StAZH, B II 406, S. 39; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 26.

<sup>166</sup> StAZH, B II 413, S. 10; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 26.

<sup>167</sup> StAZH, A 315.1.

*sie de facto wegzuweisen; weil aber das Urbar von Baden die klare Bestimmung enthält, daß der Landvogt von Obrigkeit wegen das Geleit jedermann und speciell den Juden auch in der Stadt Baden zu geben habe, so erklärt die Mehrzahl der Gesandten, daß es bei dem buchstäblichen Inhalte des Urbars ferner verbleiben und den Orten an ihren hochobrigkeitlichen Rechten in Betreff der Juden, die doch von allen andern Ständen und Potentaten der Christenheit ebenfalls geduldet werden, nichts geschmälert werden solle.*<sup>168</sup>

Gleichzeitig nahm die Tagsatzung in die Abschiede auf, dass diejenigen Juden, die in den vergangenen Jahren als Kriegsflüchtlinge neu in die Grafschaft Baden gekommen seien, weggewiesen werden sollen.<sup>169</sup> In demselben Beschluss wurde festgehalten, dass die *gänzliche Wegweisung der Juden, Heiden und Täufer, die mehrmals schon zur Sprache gekommen ist* einstweilen eingestellt werde. Allerdings *soll darüber zu Rathe gegangen werden, wenn die Besetzung der Vogtei wieder an Zürich kommt.*<sup>170</sup> Als dieser Beschluss gefällt wurde, stellte Unterwalden den Landvogt. Ein Zürcher Landvogt war erst wieder für 1649 vorgesehen. Bemerkenswerterweise halten die Eidgenössischen Abschiede in einem späteren Eintrag (noch bevor Zürich den Landvogt stellte) im Widerspruch zu obigem Beschluss fest, dass *die Heiden oder Zigeuner und auch die Wiedertäufer* fortgewiesen werden sollen. Zu den Juden heißt es da allerdings: *Der Juden halber erklärt sich die Mehrzahl der Orte dahin, daß der jetzige Landvogt keine neuen annehmen solle.*<sup>171</sup> Wieso der Beschluss innerhalb desselben Jahres revidiert wurde, ist unklar. Denkbar ist, dass einige Orte noch einmal auf das Traktandum zurückkamen, in Bezug auf die Juden allerdings, anders als in Bezug auf die *Zigeuner und Wiedertäufer*, keine Mehrheit zu bilden vermochten.

Ein Jahr später (1642) waren es die katholischen Orte, welche sich für strengere Auflagen gegenüber den Juden einsetzten. Die Gesandten der katholischen Orte stellten den Antrag, dass den Landvögten sämtlicher Vogteien befohlen werden sollte, stärker gegen *Heiden und Zigeuner* vorzugehen. Als unmittelbarer Anlass dafür wurde ein Zuwachs dieser Gruppen in den Freien Ämtern vorgebracht. Die Luzerner Gesandten beantragten, dass der Beschluss auf die Juden ausgedehnt werden sollte und dass *Juden und Heiden* aus der gesamten Eidgenossenschaft verwiesen werden sollten. Im Anschluss an die beiden Anträge halten die Abschiede fest: *Es wird allen Landvögten befohlen, die Heiden alle auszuweisen; der die Juden betreffende Antrag wird in den Abschied genommen, da die Landvögte denselben schon ihre Geleite erteilt haben.*<sup>172</sup>

Genossen die Juden somit in den Diskussionen von 1641 und 1642 noch einen privilegierten Status gegenüber anderen Minderheiten, beschloss die Tagsatzung drei Jahre später dennoch eine Vertreibung der Jüdinnen und Juden. Diejenigen, die in den eidgenössischen Vogteien lebten, sollten diese bis acht Tage nach dem

<sup>168</sup> EA, 5.2, II, S. 1687, Art. 146.

<sup>169</sup> EA, 5.2, II, S. 1687, Art. 146.

<sup>170</sup> EA, 5.2, II, S. 1687, Art. 146.

<sup>171</sup> EA, 5.2, II, S. 1687f., Art. 147.

<sup>172</sup> EA, 5.2, II, S. 1490, Art. 46f.



Zurzacher Markt im September 1646 verlassen. Gegen diese Weisung stellte sich nun der eidgenössische Landvogt. Er machte geltend, dass er den Juden für die zwei Jahre seiner Regierung das Geleit gegeben und *solches nach altem Brauch mit Brief und Siegel bestätigt* habe.<sup>173</sup> Es sei deshalb bis zum Ende seiner Amtszeit auf eine Vertreibung zu verzichten. Die Abschiede halten fest, dass eine Mehrheit der Stände für das Votum des Landvogts eingetreten sei. Luzern und Zürich stimmten dagegen. Die Berner Gesandten fehlten bei der Beratung. Der Landvogt Johann Heinrich Elsener wurde 1645 und 1646 durch Glarus gestellt. Eine konfessionell geprägte Politik gegenüber den jüdischen Niederlassungen ist nicht zu erkennen. Je ein katholischer und ein reformierter Stand stimmten für eine sofortige Vertreibung der Juden, vier katholische und ein reformierter Stand votierten für einen Aufschub. Ein reformierter Stand blieb den Beratungen fern.

Ein Jahr später (1646) bildeten die katholischen Stände eine gemeinsame Front gegen die jüdischen Niederlassungen. Mit der Begründung, dass Bern ab Juni 1647 den Landvogt stellen werde, plädierten die Gesandten der fünf katholischen Orte dafür, dass die Juden noch vor der Amtsübernahme durch einen Berner vertrieben werden sollten. Man könne sich nicht darauf verlassen, dass ein Berner Landvogt eine Vertreibung durchführen würde.<sup>174</sup> Das Ansuchen wurde wiederholt vorgebracht,<sup>175</sup> von einer Umsetzung allerdings abgesehen. Noch galt die Zusicherung an Landvogt Elsener, dass es während seiner Amtszeit zu keiner Vertreibung kommen sollte. Wie von den katholischen Abgeordneten erwartet, votierten die Abgeordneten Berns dafür, dass die beschlossene Ausweisung der Juden nicht unter einem bernischen Landvogt durchgesetzt werde. Die bernischen Abgeordneten erinnerten an die Diskussion aus dem Jahr 1641 und beantragten, mit einer Ausweisung der Juden zuzuwarten, bis Zürich wieder den Landvogt stelle. Die Abschiede halten fest, dass die anderen Stände dem Wunsch Berns entsprachen. Die Abgeordneten Zürichs hätten in Aussicht gestellt, dass der von Zürich zu stellende Landvogt die Juden gerne fortweisen werde. Allerdings forderten die Zürcher, dass *die übrigen regierenden Orte schriftlich reversieren, daß es dann dabei verbleiben und die Juden nicht gleich nachher von den Landvögten anderer Orte angenommen werden*.<sup>176</sup>

Ein Regest vom 10. Juni 1647 zeigt auf, wie der Zürcher Rat seine Gesandten an der Tagsatzung instruierte und welche Überlegungen den Instruktionen zugrunde lagen: Es wird der Verdacht geäußert, die katholischen Orte würden eine Vertreibung der Juden unter einem reformierten Landvogt fordern, damit dieser nicht von den finanziellen Abgaben der Schutzjuden profitiere, *umb denselben das*

---

<sup>173</sup> EA, 5.2, II, S. 1688, Art. 148.

<sup>174</sup> EA, 5.2, II, S. 1688, Art. 149.

<sup>175</sup> EA, 5.2, II, S. 1688, Art. 150.

<sup>176</sup> EA, 5.2, II, S. 1688, Art. 151.

*wenige gnüßli zuentzügen.*<sup>177</sup> Hier zeigt sich bereits, dass die Zürcher in Bezug auf die jüdischen Niederlassungen in der Grafschaft Baden nicht mehr die Politik einer radikalen Vertreibung verfolgten, sondern ebenso wie die anderen Stände auf Kosten und Nutzen rechneten, sobald sie den Landvogt stellten. In den Eidgenössischen Abschieden heißt es zur Zürcher Eingabe weiter: *Es wird dieß in den Abschied genommen, damit die Obrigkeiten sich gelegentlich Zürich gegenüber erklären können.*<sup>178</sup>

Derartige Erklärungen der Obrigkeiten sind nicht überliefert, und Jüdinnen und Juden wurden in den Jahren 1648 und 1649, als die Zürcher den Landvogt der Grafschaft Baden stellten, keineswegs vertrieben. Das Prozedere von geforderter Vertreibung, Aufschub und Nichthandeln wiederholte sich. In der sogenannten Reform von 1653 wurde beschlossen, den Juden künftig nicht mehr zu gestatten, sich in den gemeinen Vogteien niederzulassen. Wo Juden bereits siedelten, sollten keine neuen mehr aufgenommen werden. Diejenigen, die in den Vogteien wohnten, sollten dazu angehalten werden, die eidgenössischen Territorien zu verlassen: *vielmehr soll darauf gesehen werden, daß die vorbandenen nach Deutschland zurückkehren.*<sup>179</sup>

Im Widerspruch dazu wurden die Rechte der jüdischen Bevölkerung aber fünf Jahre später in der Grafschaft Baden ausdrücklich geschützt. Als die Vorsteher der christlichen Gemeinde Lengnau im Juli 1658 an die Abgesandten der acht herrschenden Orte gelangten und darum baten, dass in ihrem Dorf keine weiteren Juden mehr zugelassen würden, erklärten die Abgesandten, dass den Juden das Niederlassungsrecht in der gesamten Grafschaft Baden gewährt werden müsse. Eine Mitbestimmung der Gemeinden wurde in Abrede gestellt: *Wenn ein Judt in einem Dorff oder flecken Herberg finden möge, die Inwohner nit sollen verhindern mögen.*<sup>180</sup> Über eine generelle Vertreibung der Juden aus der Eidgenossenschaft, wie sie in der Reform von 1653 bestimmt wurde, wurde 1658 zwar diskutiert, explizit mit Verweis auf ebendiesen Beschluss. Eine Mehrheit der Delegierten votierte jedoch dafür, auf eine Vertreibung der Juden vorerst zu verzichten und erneut abzuwarten, bis Zürich wieder den Landvogt stellte.<sup>181</sup> Als Zürich sieben Jahre später den Landvogt stellte, verzichtete dieser wieder auf eine Vertreibung. Das Muster des vorherigen Umgangs wiederholte sich also.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wurde noch einmal ein Anlauf unternommen, die Vertreibung der Juden durchzusetzen. In den Abschieden ist eine Se-

<sup>177</sup> StAZH, B VIII 16, Reg. LXI; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 28.

<sup>178</sup> EA, 5.2, II, S. 1688, Art. 151.

<sup>179</sup> EA, 6.1, II, S. 1142, Art. 112.

<sup>180</sup> StAAG, Nr. 2785, Judenakten, Fasz. 1, Nr. 5.

<sup>181</sup> *Da einige Gemeinden die Juden über des Landvogts erheiltes Geleit nicht mehr beherbergen wollen, sie auch laut der Reform aus der Eidgenossenschaft verwiesen werden sollten, aber einige Orte bis zu Vollendung des Umgangs der Landvogteibesetzung dieß nicht geschehen lassen wollen, wird beschlossen, damit zuzuwarten, bis die Reibe wieder an Zürich komme.* EA, 6.1, II, S. 1311, Art. 185.

quenz aus den gesonderten Verhandlungen der katholischen Orte aus dem Jahr 1695 überliefert, in welcher eine Vertreibung debattiert wurde. Anders als in den anderen Fällen ist die Sequenz in eine umfangreichere Erörterung eingebettet, welche die antijüdischen Diskurse der Zeit widerspiegelt. In einer Kritik an der Verwaltung der gemeinen Herrschaften wurde festgehalten, dass sich die Obrigkeiten vehemente für ihre Untertanen einzusetzen hätten. Die Juden müssten zum Wohl der anderen Untertanen aus den gemeinen Herrschaften vertrieben werden.<sup>182</sup> Wie schon in vergangenen Umgängen wurde aber auch in diesem Votum beantragt, mit einer Vertreibung der Jüdinnen und Juden zu warten, bis der Landvogt von Zürich gestellt werde.

Anstelle einer Vertreibung wurde ein Jahr später eine umfassendere Form der Duldung eingeführt. Am ersten Juli 1696 gewährten die Obrigkeiten den Badener Juden einen 16 Jahre lang geltenden Schirmbrief mit umfangreichen Rechten.<sup>183</sup> Diese Zusicherung erfolgte, wie in den Eidgenössischen Abschieden hervorgehoben wurde, weil keine Klagen gegen die Juden vorgebracht worden seien. Die antijüdische Polemik, die ein Jahr zuvor an der Tagsatzung geführt worden war, fand anscheinend keinen Widerhall mehr – oder stand im Widerspruch zur realpolitischen Einschätzung vor Ort.

Mit dem Ausstellen des Schutz- und Schirmbriefs von 1696 wurden zwei Neuerungen eingeführt. Die Vertreter der herrschenden Orte beschnitten die Befugnis des Landvogts, Schutz- und Schirmbriefe auszustellen, und nahmen diese für sich selbst in Anspruch. Die Jüdinnen und Juden profitierten von einem längerfristig zugesicherten Schutzstatus. Zwar waren sie der Willkür der Obrigkeit nach wie vor ausgesetzt und lebten weiterhin in einem Zustand der Unsicherheit hinsichtlich der Verlängerung – und der tatsächlichen Einhaltung – ihres Schutzstatus. Immerhin versprach die Zusicherung einer Duldung von 16 Jahren eine begrenzte Planungssicherheit.

Nach dem Zweiten Villmergerkrieg regierten die reformierten Orte Zürich, Bern und Glarus die Grafschaft Baden zu dritt. Die katholischen Orte wurden

<sup>182</sup> *Die hohen Obrigkeiten werden [...] Väter des Landes genannt, dafür daß selbige für der Einwohner des Landes Wohlfahrt sorgen sollen, als ein Vater für das Heil seiner Haushaltung. Gott sei gerecht. Ein Vater soll sein lieblich; nun sei männiglich bekannt, ja wir in unserm Gewissen überzeugt und sehen es täglich vor Augen, daß der verfluchte Judenschwarm eine rechte Pestilenz in unsern Landen, so daß wann ein Jude in eines Christen Haus eintritt, zugleich der Fluch ihm nachfolget und nicht nachlasset, bis die Haushaltung unter über sich. Wie wollen wir aber es vor Gott dem gerechten Richter und himmlischen Vater verantworten, wenn wir unsere armen Unterthanen diesen müßiggehenden Wölfen in den Rachen stoßen? Darum und weil diese badische Regierung wiederum an lobl. Stadt Zürich kommt, werde heimgestellt, ob nicht auf künftige Johanni Jahrrechnung die Herren Ehrengesandten mit Instruction von dieses schädlichen Gesindels Abschaffung einkommen möchten, um so viel mehr, weil der Schaden auf das ganze Land, der Nutzen aber allein auf wenig Personen fließe.* EA, 6.2, I, S. 567f., Zusatz zu Artikel 308b.

<sup>183</sup> *Den Juden wird auf ihr Anbitten freies und sicheres Geleit, Wohnung und freier Handel und Wandel in der Grafschaft Baden von künftiger Jahrrechnung an auf sechszehn Jahre, d. h. auf einen ganzen Umgang der Regierung, zugesichert, da keine Klagen gegen sie vorgebracht worden sind.* EA, 6.2, II, S. 1965, Art. 280.

von der Herrschaft ausgeschlossen. Einen Einfluss auf die Duldung hatte dieser Regimewechsel indessen nicht. Am 5. September 1712 stellten die drei herrschenden Orte den Juden der Grafschaft Baden einen Schutz- und Schirmbrief aus, wiederum auf eine Dauer von 16 Jahren. Zwar wurde dabei zum wiederholten Male die Hoffnung geäußert, die Juden mögen von sich aus ins Heilige Römische Reich begeben. An der Politik der Duldung änderte diese Formel allerdings nichts. Die im Schutzbrief von 1696 enthaltene Bestimmung, dass kein *frömbder* Jude sich in der Grafschaft niederlassen dürfe, spricht dafür, dass die Juden der Grafschaft Baden von den herrschenden Orten allmählich als gleichsam *eigene* Juden geduldet wurden.<sup>184</sup>

Grundsätzliche Debatten über eine Vertreibung aus der Grafschaft Baden wurden unter der Herrschaft der drei reformierten Orte nicht mehr geführt. Selbst Zürich verzichtete auf entsprechende Eingaben. In ihren eigenen Territorien duldeten Bern, Zürich und Glarus jedoch keine jüdischen Niederlassungen. In Zürich war den Juden, mit wenigen Ausnahmen, selbst das Geleit verwehrt. Im Gegensatz dazu wurden jüdische Niederlassungen in der Grafschaft Baden unter reformierter Herrschaft, zumindest quantitativ, zunehmend freigiebiger zugelassen, wie die oben dokumentierte Entwicklung der beiden Gemeinden Endingen und Lengnau zeigt. Das sorgte für Konfliktpotenzial mit den lokalen Eliten. Ähnlich wie die Debatten innerhalb der konfessionell gespaltenen Herrschaft der acht alten Orte von 1712 bewegten sich die Auseinandersetzungen zwischen der Herrschaft der drei reformierten Orte und den lokalen Untervögten ab 1712 entlang konfessioneller Bruchlinien. Für die Untervögte, die den lokalen katholischen Eliten entstammten, musste es störend wirken, dass die von der reformierten Herrschaft protegierten Juden in dem mehrheitlich katholischen Untertanengebiet der Grafschaft Baden lebten und arbeiteten, ihnen eine Siedlungstätigkeit in reformierten Gebieten aber strikt untersagt war. In den Jahren 1756, 1770 und 1776 wandten sich die Untervögte der Grafschaft Baden wiederholt an die Obrigkeiten mit der Bitte, die Juden nun endlich zu vertreiben. Die regierenden Orte nahmen die Juden wiederholt in Schutz, sprachen den Untervögten die Kompetenz ab, in dieser Sache aktiv zu werden, und verwiesen darauf, dass die Juden für die wirtschaftliche Prosperität der Region von hohem Nutzen seien. Insbesondere die verschuldeten Bauern, denen außer ihnen niemand Kapital leihen würde, würden von ihrer Gegenwart profitieren.<sup>185</sup>

---

<sup>184</sup> StAZH, B VIII 172. Siehe dazu auch Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 31.

<sup>185</sup> StAZH, A 315.11; Weldler-Steinberg, Geschichte der Juden in der Schweiz (wie Anm. 15), S. 31, 36f und 229.

## 5. Zusammenfassung

Dieser Perspektive blieben die herrschenden Orte bis zum Ende des Ancien Régime verpflichtet. Mit dem Segen der regierenden Orte entwickelten sich in den beiden Dörfern Endingen und Lengnau zwei prosperierende jüdische Gemeinden, welche die weitere Geschichte der jüdischen Bewohner der Schweiz nachhaltig prägen sollten. Jüdisches Leben war in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft allerdings nicht – entgegen populärer Narrative – auf diese beiden Dörfer beschränkt. Ebenso wenig kann von einer Diskontinuität jüdischen Lebens in den eidgenössischen Gebieten zwischen Mittelalter und spätem 17. Jahrhundert ausgegangen werden.

Von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts ist eine Vertreibung jüdischer Bewohner aus mehreren eidgenössischen Städten und Ständen zu beobachten. Es scheint, als ob die souveränen Orte, mit Ausnahme Solothurns, im Zeitalter der Konfessionalisierung eine Vertreibung der Juden innerhalb ihrer Territorien zeitgleich mit einer konfessionellen Homogenisierung durchgesetzt hätten. Anders präsentiert sich die Lage in den gemeinherrschaftlich verwalteten, gemischtkonfessionellen Untertanengebieten, im Rheintal, im Thurgau und in der Grafschaft Baden. Dort wurden jüdische Siedlungen tendenziell länger und in größerem Umfang geduldet.

Forderungen zur Vertreibung der Juden wurden in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft wiederholt erhoben – auch von Seiten der Herrschaft. Diese wurden allerdings nicht zwangsläufig durchgesetzt. Duldung oder Vertreibung waren in diversen Fällen Gegenstand von Aushandlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Ständen, zentraler und lokaler Herrschaft, Räten und Vögten, Gemeindeoberen und Obrigkeiten. Die Jüdinnen und Juden wurden dabei zum Objekt unterschiedlicher Interessen und Agenden, wussten diese aber auch für sich zu nutzen.

Beschlüsse zur Vertreibung der Juden aus den eidgenössischen Territorien, die an der Tagsatzung gefasst wurden, waren nicht bindend und wurden kaum je umgesetzt. Sie waren wohl eher von symbolpolitischem Wert und dienten der Vergewisserung eines identitätsstiftenden Standpunkts. Das Polemisieren gegen die Juden festigte die eigene Gruppenidentität, wobei sich diese nicht bloß auf den Gegensatz von *Juden* und *Christen* bezog. Der postulierte Gegensatz von *wahrer* und *falscher* Religion nahm zugleich den Gegensatz von *wahrer* und *falscher* Konfession auf, der die Politik der eidgenössischen Orte prägte. Nachdem der Prozess des Staates Zürich gegen Samuel Eiron wegen Gotteslästerung für öffentliche Furore sorgte, setzte Zürich in seinen Territorien eine rigorose Vertreibung der Juden durch und forderte diese auch für die gemeinen Herrschaften. Die katholischen Orte reagierten ihrerseits mit wiederholten Voten für eine Vertreibung der Juden aus den eidgenössischen Territorien. Reformierte wie Katholiken inszenierten sich dabei jeweils als Verteidiger der christlichen Religion und repräsentierten ihre eigene konfessionelle Partei als Hüterin des wahren Glaubens.

In konkreten Fällen, in welchen die Geistlichkeit gegenüber der Obrigkeit gegen die Präsenz von Juden klagte und in welchen eine Missachtung der religiösen Doktrin durch die Juden beanstandet wurde, reagierten die jeweiligen Obrigkeiten, indem sie die Juden aus ihrem Herrschaftsbereich verwiesen. Eine Einhaltung religiöser Dogmen konnte von den eigenen Untertanen nur schwer eingefordert werden, wenn Andersgläubige im öffentlichen Raum dagegen verstoßen konnten oder auch bloß kolportiert wurde, dass diese dagegen verstießen. Festgehalten werden kann das anhand des Umgangs mit einzelnen niedergelassenen Individuen (wie etwa Lazarus in Winterthur), vor allem aber dort, wo größere jüdische Siedlungen entstanden. Wo gegen die Präsenz von Jüdinnen und Juden polemisiert wurde, wurde jeweils auf die Sichtbarkeit religiöser Identität referiert, etwa in Bezug auf das Vorhandensein von Synagogen oder das Feiern religiöser Rituale im öffentlichen Raum bis hin zu befürchteten Missionierungsabsichten und kollektiven Blasphemievorwürfen (wie etwa in Solothurn oder im Fürstbistum Basel).

In Bezug auf die gemeinen Herrschaften blieb es jedoch bei symbolpolitischen Polemiken. So wurden die jüdischen Siedlungen in der Grafschaft Baden geduldet und geschützt, auch dann, wenn die Landvögte von Orten gestellt wurden, die in polemischen Debatten eine sofortige Vertreibung der Juden skandierten. Auch als die herrschenden Orte das Ausstellen von Schutz- und Schirmbriefen für sich selbst beanspruchten, hätten die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der acht Orte eine Vertreibung der Juden bis 1712 jederzeit zugelassen. Es scheint, als hätte sich letztlich die vor Ort bestimmte Realpolitik gegenüber einer auf der Tagsatzung geführten Symbolpolitik durchgesetzt.

Sonderdruck aus:

STADT UND REGION  
IN DER VORMODERNE

Herausgegeben von

Mark Häberlein

Band 7

Zugleich:

JUDENTUM – CHRISTENTUM – ISLAM  
INTERRELIGIÖSE STUDIEN

Herausgegeben von

Klaus Bieberstein – Johann Ev. Hafner –  
Patrick Franke – Heinz-Günther Schöttler –

Susanne Talabardon

Zentrum für Interreligiöse Studien  
der Universität Bamberg

Band XVI

Jüdisches Leben in der Region  
Herrschaft, Wirtschaft und  
Gesellschaft im Süden  
des Alten Reiches

Herausgegeben von  
Michaela Schmölz-Häberlein

---

ERGON VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung durch:

Stiftung Irène Bollag-Herzheimer, Basel

**1000 JAHRE KRONACH e.V.**  
Geschichts- und Kulturverein



Verein zur Förderung der jüdischen Geschichte  
und Kultur Bambergs e.V.

Zentrum für Interreligiöse Studien (ZIS)  
der Otto-Friedrich Universität Bamberg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Ergon – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb des Urheberrechtsgesetzes bedarf der Zustimmung des Verlages.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen  
und für Einspeicherungen in elektronische Systeme.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Umschlaggestaltung: Jan von Hugo

Satz: Thomas Breier

[www.ergon-verlag.de](http://www.ergon-verlag.de)

ISBN 978-3-95650-298-9



## *Inhaltsverzeichnis*

Vorwort.....	7
--------------	---

*Michaela Schmölz-Häberlein*

Jüdisches Leben in der Region – Eine Einführung.....	9
--	---

### I. Juden und Herrschaft

*Martin Bürgin*

Zwischen Vertreibung und Duldung:

Jüdische Siedlungen und Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft .....	31
---	----

*Oliver Sowa*

Judenordnung, Judenstatut, Takkanot – Gesetzgebung für Juden

in der fränkischen Reichsritterschaft .....	77
---	----

*Andreas Schenker*

Konflikte zwischen Juden und Herrschaft in Bischberg

in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts –

Handlungsspielräume in einem herrschaftlich zersplitterten Dorf.....	101
--	-----

### II. Wirtschaftliche Aktivitäten

*Claudia Esch*

Die Juden und die bürgerlichen Eliten in Bamberg.

Wirtschaftliche Verflechtungen im Mittelalter.....	121
--	-----

*Wolfgang Treue*

<i>Hof-Agenten und Haupt-Collecteurs</i> . Juden als Pioniere im Lotteriewesen.....	151
---	-----

*Mark Häberlein*

*einen wucherlichen Contract eingegangen* – Christlich-jüdische Kontakte

und Konflikte auf den Würzburger Handelsmessen um 1800.....	173
---	-----

### III. Leben im kleinstädtischen Raum

*Monika Müller*

*Darauff haben Burgermeister und Rhatt ine usgeschafft* –

kommunale Aspekte jüdischer Schutzverwandtschaft

im Fürstentum Pfalz-Neuburg.....	191
----------------------------------	-----

*Christian Porzelt*

Jüdisches Leben in der bambergischen Amtsstadt Kronach 1633-1802/03 .....	219
--	-----

*Franziska Schilkowsky*

<i>Die Bitte des Jüdischen Knabens Schloma um Ertheilung der Heiligen Taufe – eine Konversion am Ende des 18. Jahrhunderts und ihre Hintergründe.....</i>	249
---	-----

#### IV. Zur Vielschichtigkeit jüdischer Landgemeinden: Das Beispiel Zeckendorf

*Michaela Schmölz-Häberlein*

Jüdisches Leben in fränkischen Landgemeinden: Zeckendorf und Demmelsdorf im 17. und 18. Jahrhundert.....	267
---	-----

*Susanne Talabardon*

Auf schmalem Grat: Leben und Werk des Simon Akiba Baer (gest. 1724).....	321
---	-----

*Carsten Schliwski*

Anmerkungen zum <i>Sefer Naḥalat Shiv'ab</i> des Zeckendorfer Rabbiners Samuel ben David Moses Halevi – Versuch einer Einordnung .....	349
--	-----

Personenregister .....	361
------------------------	-----

Ortsregister .....	373
--------------------	-----